

1 EURO

Libertäres

April-Juni 2008

1 ½ Monatsheft aus Leipzig

Feierabend!



#29

Inhaltsverzeichnis

Lokales

Nix Neues im Leipziger Osten S. 2/3

LAUFFEUER: Hoch die ...! Nieder mit ...! S. 10

WÄCHTERHÄUSER: **Unter der Lupe**

Ist Lindenau denn noch zu retten S. 1,4ff

INTERVIEW: Fritjof Mothes

Bildung 'Vom Rand her schrumpfen' S. 4ff

Campusmaut - Schrecken d. PISA-Generation S. 11ff

Nebenwidersprüche

pro&contra ERSTER MAI - Ein Tag zum
Feiern oder Kämpfen? S. 14/15

Theorie&Praxis

JOIN THE UNION ??? - Über d. Bedeutung d. Streiks
u. das Elend der gewerkschaftl. Organisierung S. 16ff

EU.ropa

Machtbeweis S. 1,21ff

Nachbarn

Hilfe, wir werden
entwickelt! S. 24f

Rote Hilfe

Das Handy als Wanze S. 28

Rezension

Beißen Revierköter,
die bellen? S. 29

et cetera

Kurzmitteilungen, Schach, Gedichte, Verkaufsstellen, ABO S. 10, 26f



WÄCHTERHÄUSER - Ist Lindenau denn noch zu retten? Stadtentwicklung im Leipziger Westen zwischen Abriss und Hauserhalt, zwischen Erwerbslosigkeit und Armut

Ausflug gen Westen

Fernab des städteplanerischen Größenwahns der Stadtoberen; weit weg vom Knirschen und Schieben jenes Ungetüms namens „Leonie“ (1), dass sich da mitten durch das Leipziger Herz frisst und nicht mehr als vergoldete Immobilien und feiste Investoren hinterläßt; gleich hinter der Elster, wo vom Auenwald her zum Leutzscher Holz hin ein frischer Atem die Stadt aufstöhnen läßt, dicht gekauert in den Leipziger Westen, liegt

Lindenau; abgekoppelt von der Stadtentwicklung und amtlicher Hafen & Heimat für viele aus dem Erwerbslosenheer der ARGE zu Leipzig.

Die Rittersippe von und zu Lindenau würde sicher staunen, hätte sie vor Augen, welche Spuren die Industrialisierung an ihrem einst so beschaulichen Bauernhof hinterlassen hat. Ja ... ja ein gewisser Heine Mit-
K a r l

te des 19. Jahrhunderts all sein Bemühen daran gesetzt, aus dem kleinen Dörfchen eine Fabrikhölle des aufstrebenden deutschen Junkerregimes zu machen, vielleicht gäbe es dann ja gar kein architektonisches Substanzproblem in den gähmend kahlen Schluchten der Arbeiterviertel, kein darbenendes Gewerbe, keine soziale Notlage, keinen so hohen Drogen & Alkohol-Konsum ... sondern eine Perspektive, beschaulich zwar, aber immerhin. (...)
... Fortsetzung auf Seite 4 ...

Die EU reformiert sich und keinen gescheiterten EU-Verfassung sollen 2009 doch wirksam werden.

Was geht mich die EU an, mag mensch sich fragen. Wie funktioniert die überhaupt? Auf der Suche nach Antworten würde er/sie entsetzt feststellen, dass diese politische Gemeinschaft sich stark durch zentrale Entscheidungsgewalt, wirtschaftliche Profitinteressen, immensen Bürokratieaufwand, militärische Aufrüstung, Juristensprache und Uniformierung von Standards, Werten und Normen auszeichnet. Ganz im Sinne „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“, verschließt mensch gerne mal Augen und Ohren



interessiert – alte Inhalte aus der 2005 nahezu unverändert nun ab 1. Januar

weltweit ohnehin schon zu den Bestverdienenenden zählen; von der Normierung von Schlafsäcken, Briefkästen etc. bis zur Gurkenkrümmung zugunsten von Wettbewerbsvorteilen der eigenen Massenproduktion; über das Verbot sozialer Mindeststandards (1); bis hin zur Selbstermächtigung zwischen 27 nationalstaatlichen Interessen zu vermitteln. Und so wusste B. Brecht damals schon: „Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend große Ausmaße angenommen hat.“ (...)

... Fortsetzung auf Seite 21 ...

Machtbeweis

und verkennt den Größenwahn europäischer Politik. Dieser reicht von der Festlegung von Mindestpreisen für Lebensmittel zum Schutz europäischer Landwirte, die

Der Muff von 40 Jahren

Und täglich grüßen die 68er. Zum 40. Jahrestag wird im Feuilleton eifrig um die richtige Deutung der damaligen Geschehnisse gestritten. Für den Alt-68er und Historiker Götz Aly ist die Sache klar wie Kloßbrühe, wenn er aus ganzer analytischer Kraft heraus postuliert: 68er = Nazis. Logisch, Goebbels hat schließlich auch studiert. Gut, dass es da noch die taz gibt, den Dutschke-Fanclub Nummer 1. „Brauchen wir einen neuen Dutschke?“, fragt mensch sich da z.B. ganz unbefangen, um dann in scholastischer Manier mehrere Seiten mit Pros und Kontras zu aufzufüllen. Vor solchen Fans würde mensch den Dutschke doch gern in Schutz nehmen. Im Gegensatz zu Götz Aly findet die taz Dutschke und die 68er zwar im Prinzip richtig knoike, nur mit ihrer Staatskritik hätten sie halt etwas übertrieben. Der Nationalstaat sei schließlich mittlerweile selbst eine „bedrohte Spezies“. Ein echter Geistesblitz – mensch sieht, beim langen Marsch in den Arsch der Berliner Republik haben die GenossInnen von der taz einiges dazugelernt. Weil unser armer Nationalstaat so arg bedroht ist, hat er auch gar keine andere Wahl, als z.B. überflüs-

sige Ausländer abzuschieben. Die Lage ist ernst, da müssen auch parlamentarische Entscheidungsgremien zurücktreten. Das mussten die hessischen Grünen, die SPD und die Linke feststellen, nachdem sie sich im hessischen Landtag für einen Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge ausgesprochen hatten. Trotz Landtagsmehrheit sah es der Innenminister überhaupt nicht ein, den Stopp auch umzusetzen. Wieder eine Lektion in Sachen Parlamentarismus gelernt! Vielleicht sollte mensch sich die Sache mit der außerparlamentarischen Opposition doch noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Daraus könnten sich zur Abwechslung mal Fragestellungen ergeben, die wirkliche Erkenntnisse fördern. Die ehemals ach so rebellischen Zeitgenossen könnte mensch derweil ihrem unaufhaltsamen Verkalkungsprozess überlassen. Viel Vernünftiges wird dabei wohl nicht mehr herauskommen. Höchstens noch Fragen wie diese: Würde Rudi Dutschke China boykottieren? Oder ist vielleicht gar der Dalai Lama der Rudi Dutschke von heute? Wir wissen es nicht. Und wir brauchen es auch nicht wissen!

Justus & karotte

Das neue Heft ist da! Oder besser Magazin? Der Inhalt bestimmt die Form und einige Themen brauchten eben mehr Platz. Und da es tagespolitisch ja nicht so heiss her geht in Leipzig, können wir uns auch beruhigt in den „Magazin-Sessel“ zurücklehnen und müssen nicht wöchentlich berichten, sondern können schmökern, diskutieren oder Theaterstücke planen. In diesem Sinne haben wir uns von einem neuen Außendienstmitarbeiter die Pantoffeln (das Titelbild) an den Sessel tragen lassen und in den Latschen zudem ein Foto von Alexander Schielke entdeckt.

Es liess sich da gerade noch genug Elan in den eigenen Redax-Reihen finden, um dem hochgelobten Stadtplanungsphänomen der „Wächterhäuser“ auf den Grund zu gehen (S. 4-9). Aber kein Grund zur Hektik, das Thema soll uns auch in den weiteren Heften noch begleiten.

In einer Reihe marschieren... Ja, das war einmal, zumindest im Ostblock, der 01. Mai. Wie es heutzutage mit der Bewegung aussieht und ob es sich noch lohnt, am einstigen Arbeiterkampftag auf die Straße zu gehen, wird unter unserer Rubrik Nebenwidersprüche (S. 14/15) diskutiert. Tja, und wer am internationalen Feiertag tatsächlich noch Zeit zum Nachdenken findet, der/die sollte überlegen, ob er/sie nicht dem Motto „Join the Union!“ folgt (S. 16-20) und sich stärker bei der Gewerkschaftsarbeit engagiert.

Wer schließlich die Augen ganz weit offen hält zwischen all den Blendgranaten der PR-Schlacht ‚Erster Mai‘, wird feststellen, wie wichtig es ist, über den nationalen Tellerand zu schauen, um zu sehen, wo sich die Dinge entscheiden, die die Welt bewegen. Sei es die Technokratie aus Brüssel (S. 21-23) oder die Politik von Weltbank und Konsorten (S. 24-27).

Zur Verkaufsstelle des ... *ähm* Monats haben wir „Onkel Toms Hütte“ gekürt, wo der *Feierabend!* dank selbstloser Verkäufer reißenden Absatz fand. Um letztlich nicht von der Straße des Erfolgs abzukommen, suchen wir ab sofort am anderen Ende der Autobahn, in Downtown Halle, Kontakt zu Schreibfreudigen, die dem *Feierabend!* regelmäßig zuarbeiten wollen. Meldet Euch bei Interesse!

Viel Spaß beim Lesen,
Eure *Feierabend!*Redaktion

Nix Neues im Leipziger Osten Naziaktivitäten und Antifa in Reudnitz

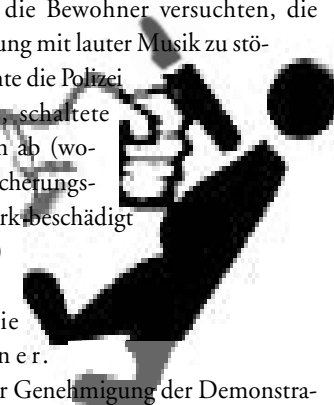
Das es naiv war zu glauben, mit dem Ende der Worch-Aufmärsche gäbe es in Leipzig kein Problem mehr mit Neonazis, konnte man schon am 22. Juni 2007 sehen. Einen Tag nachdem Christian Worch mit einem kleinen Fußvolk von gerade mal 34 Personen durch Leipzig marschiert war, führten die „Freien Kräfte Leipzig“ eine Spontandemo in Reudnitz durch, an der sich etwa 100 KameradInnen beteiligten. Ein Wink mit dem Zaunpfahl, dass mit der hiesigen Neonazi-Szene noch zu rechnen sei.

Vor allem in Reudnitz konnten sich die „Freien Kräfte“ im letzten Jahr etablieren. Nach dem Modell der „Autonomen Nationalisten“ legen sie auf Abgrenzung gegenüber der als zu wenig radikal empfundenen *NPD* Wert, äußerlich orientiert man sich bei Kleidung und Gestaltung von Transparenten und Aufklebern an linksradikalen Gruppen. Hinzu kommt, dass man sich nicht auf Propaganda-Aktionen beschränkt, sondern auch vor gewalttätigen Übergriffen auf reale oder vermeintliche politische Gegner nicht zurückgeschreckt wird. Dies demonstrierten die „Freien Kräfte“ u.a. am 27. September 2007, als sie im Verbund mit rechten Lok-Hools [gewaltverliebte Fußballfans] versuchten, eine im Rahmen der Proteste gegen den „Tønsberg“-Laden in der Leip-

ziger Innenstadt stattfindende Kundgebung der *Jusos* zu attackieren – ein Vorhaben, dass an den zahlreich anwesenden Antifas und dem Eingreifen der Polizei scheiterte. Vor allem wurde aber ein in der Reudnitzer Holsteinstraße gelegenes, zum Teil von StudentInnen bewohntes Haus in den letzten Monaten zum Ziel von Angriffen. So attackierten am 22.11.2007 rund 40 Personen das Haus, u.a. mit Leuchtraketen. Schon vorher waren an der Hauswand neonazistische Schmierereien angebracht worden.

Dass es mittlerweile auch gute Kontakte zu auswärtigen Neonazi-Gruppen gibt, zeigten die „Freien Kräfte“ mit einem Aufmarsch am 12. Januar 2008, an dem sich etwa 350 Nasen beteiligten (siehe auch *FA!* #28). Die Zwischenkundgebung fand dabei – mit Genehmigung des Ordnungsamtes – direkt vor dem erwähnten Haus statt. Als die Bewohner versuchten, die Kundgebung mit lauter Musik zu stören, stürmte die Polizei das Haus, schaltete den Strom ab (wobei der Sicherungskasten stark beschädigt wurde) und bedrohte die Bewohner.

Wegen der Genehmigung der Demonstra-



Newsletter zur Nazi-Szene in Leipzig und Umland

>> gamma
alle zwei Monate neu <<

<http://gamma.antifa.net>

termine

Do. 22. Mai 19 Uhr - Infobude, Gießnerstr. 16, Leipzig
„Kriege gibt es nur, weil es Staaten gibt. Anarchistischer Antimilitarismus vor 1933“;
Vortrag und Diskussion mit Prof. Ulrich Bröckling

Mo. 2. Juni 19 Uhr - Libelle, Kolonnenstr. 19, Leipzig;
„Keine Arbeit ohne Lohn!“
über unbezahlte Probeschichten, Praktika;
Vortrag mit der *FAU Berlin*

Solikonzerte
G16, Gießnerstraße 16; Leipzig
Fr., 6. Juni für die *Infobude*
Sa., 5. Juli für die Streikkasse der *VAB FAU Leipzig*

10. Gieszerfestival vom 24.-27. April nicht vergessen!!! Kleiner TIPP: Kommt vor 24:00 Uhr auf das Gelände, irgendwann ist Einlaß-Stopp. Ihr findet uns am *Feierabend!*-Stand.

tion und insbesondere des Ortes für die Zwischenkundgebung geriet auch Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal (*Die Linke*) in die Kritik – zuvor hatte sich dieser den Umstand, dass die Nazidemonstrationen über die Bühne gehen konnten, noch als Erfolg angerechnet. Wie berechtigt diese Kritik war, konnte man schon eine Woche später sehen: Am 19. Januar wurde das Haus erneut attackiert, die Angreifer drangen dabei in das Innere des Hauses ein. Sie versuchten, sich Zugang zu einer Wohnung zu verschaffen, woran sie von den BewohnerInnen nur mit großer Anstrengung gehindert werden konnten. Die Angreifer warfen Feuerwerkskörper, eine Fensterscheibe wurde eingeschlagen. Diese Vorgänge rufen mittlerweile vermehrten Widerstand hervor. So fand Ende Februar eine Aktionswoche statt, bei der mit Informationsveranstaltungen und Vorträgen versucht wurde, für das Problem zu sensibilisieren. Den Schlusspunkt bildete am 1. März eine antifaschistische Demonstration durch Reudnitz. Der Tag begann mit Sturmböen, Hagel und Gewitter. Obwohl das Wetter weiterhin ungemütlich windig und nasskalt blieb, fanden sich am frühen Nachmittag an die 800 AntifaschistInnen, Vertreter der *Linken* und der *Grünen* ebenso wie Reudnitzer BürgerInnen am S-Bahnhof Stötteritz ein. Schon am Vortag hatte es eine Antifa-Spontandemo in Großzschocher gegeben, einem Stadtteil, wo ebenfalls vermehrt Nazi-Aktivitäten zu verzeichnen sind. Diese Demonstration wurde jedoch von der Polizei gewaltsam beendet, dabei gab es mehrere (zum Teil schwer) Verletzte. Bei der Demo in Reudnitz hielten sich die Beamten dankenswerterweise zurück. Zwar waren auch hier mehrere Hundertschaften im Einsatz, im Vorfeld wurden – wie es bei Antifa-Demos mittlerweile zur Gewohnheit

wird – die Personalien der TeilnehmerInnen aufgenommen, um mutmaßliche „Gefährder“ ausfindig zu machen. Die Demonstration selbst verlief weitgehend ohne Zwischenfälle, wenn man davon absieht, dass 6 DemonstrantInnen verhaftet wurden.

In der Holsteinstraße wurde eine Zwischenkundgebung abgehalten, einer der Bewohner des angegriffenen Hauses schilderte in seiner Rede die Vorgänge der letzten Monate. Ein weiterer Grund für die Wahl dieses Platzes war der Fakt, dass Istvan Repaczki – der bei den „Freien Kräften“ eine zentrale Rolle spielt und u.a. als Anmelder des Neonazi-Aufmarsches vom 12. Januar fungierte – gleich um die Ecke (in der Oststraße) wohnt. Auch diesem wurde ein Redebeitrag gewidmet und nahegelegt, sich doch einen anderen Ort zum Wohnen zu suchen. Von dieser Art Kraftmeierei, wie man sie von vielen Antifa-Demos kennt, mag man halten, was man will. Es ist auch zweifelhaft, ob es sinnvoll ist, sich als AntifaschistIn darüber lustig zu machen, dass Herr Repaczki ja selbst kein „richtiger Deutscher“ sei. Überhaupt entsprachen viele Ansagen und Redebeiträge nur zu sehr den Erwartungen. Man ist eben gegen Nazis, tiefergehende Kritik kommt da oft zu kurz. „Das Problem heißt Deutschland“ war fast schon die tiefgründigste Aussage, zu der der Sprecher der *Leipziger Antifa (LeA)*, der die meiste Zeit das Mikrophon in der Hand hatte, sich hinreißen ließ. Nervig war auch der arrogante Tonfall, der immer wieder aufkommt, wenn die lokale



Antifa sich mal aus dem heimischen Kiez herauswagt – als würden in anderen Teilen Leipzigs sonstwas für hinterwäldlerische Zustände herrschen. Es fragt sich, ob Leute, die zufällig nicht in Connewitz wohnen und gerade daum in ihrem Alltag weit stärker mit Neonazis konfrontiert sind, von solchem elitären Gehabe nicht eher abgestoßen werden. Lobenswert immerhin, dass während der Demo zweimal ein vorproduziertes Statement gegen homophobe und sexistische Sprüchen und Verhaltensweisen bei Antifa-Demos abgespielt wurde. Ein wenig Selbstkritik hat noch keinem geschadet... *Justus*

t9 **mittwoch, 23.4., 21⁰⁰-23⁰⁰:**
...morden mit in aller welt. deutsche kleinwaffen ohne grenzen.
 deutschland ist inzwischen der 3. grösste waffenexporteur der welt.
 weltweit wird kräftig am geschäft mit tod und angst verdient, mit solidarischer unterstützung der politik.
 siehe: <http://www.bits.de/frames/publib.htm>
radio blau <http://t9-ruebenfunk.npage.de>
99,2/94,4/ ruebenfunk@gmx.net
89,2 MHz

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstätlerInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



... Fortsetzung von Seite 1 ...

WÄCHTERHÄUSER - Ist Lindenau denn noch zu retten?

Stadtentwicklung im Leipziger Westen zwischen Abriss und Hauserhalt, zwischen Erwerbslosigkeit und Armut

kommensklasse an Visionen fehlt, so der unteren an Hoffnung und Mut. Und wo beides abhanden kömmt, da mangelt es der bürgerlichen Revolution eben an dem Zunder, der sie dereinst noch vorwärts trieb.

Häuser halten!?

Nun könnte man fragen, warum bauen wir Lindenau nicht zum Dorf zurück? Offensichtlich war dies ja auch ein Hintergedanke der Olympia-Planer, als sie im Rahmen der Leipziger Bewerbung weite Teile Lindenaus für das olympische Dorf vorsahen und tausende von modernen Apartment-Wohnungen entstehen lassen wollten. Die Antwort darauf ist ganz einfach: Es fehlt sowohl am Geld als auch am Bedarf und der Stadtteil schmachtet nun schon länger in der sogenannten „Ertragslücke“. Der nachwievor hohe Leerstand in Leipzig drückt auf die Mietpreise und hält Immobilien-Spekulanten davon ab, hier in Wohnraum zu investieren. Andersherum sind die meisten Mietparteien vordergründig nicht an einer qualitativen Aufwertung ihrer Wohnverhältnisse, sondern an möglichst niedrigen Preisen interessiert, da die astronomisch gestiegenen Öl- und Gaspreise mittlerweile fast die Hälfte der fixen monatlichen Kosten beanspruchen. Von den schmalen Lohntüten, sofern überhaupt vorhanden, der starken Inflation und den gestiegenen Mobilitätskosten mal ganz abgesehen. Um quasi so viele Lücken in die Lindenauer Arbeiterviertel zu reißen und diese zu renaturieren, dass man wieder von einem „Dorf“ reden könnte, steht weder genügend Geld noch Interesse interner wie externer Investoren zur Verfügung. Einzig bleiben die hochverschuldeten staatlichen Instanzen von Stadt, Land und Bund. Und die leisten sich wegen der akuten Schuldenlage eben nur prestigeträchtige Großprojekte wie Autobahnen oder Flughäfen und den City-Tunnel bspw., bzw. finanzieren ansonsten nur den lokalen und beschränkten Abriss. Baugrundstücke sind ja auch was wert, wenn da nur die entsprechende Nachfrage da wäre. Es bleibt dabei: Auch unter staatlicher Obhut würde unser vorgestelltes Re-Design

Lindenaus mindestens auf halber Strecke stagnieren und von dörflicher Beschaulichkeit könnte man im Bild riesiger Betonflächen, dröger Werbetafeln und verwaister Gewerbeviertel, kaum reden.

Wenn also der sozialverträgliche Rückbau Lindenaus ausfällt und eine Re-Industrialisierung sowieso unrealistisch ist, dann steht schließlich am Ende nur eine Parole: Die *Häuser halten!* Für eine emanzipatorische Perspektive in Lindenau hieße das freilich vor allen Dingen: *Häuser besetzen!* Und sie der Spekulation entziehen, um Freiräume aufzubauen, innerhalb derer sich der ‚gemeine‘ Lindenauer in Solidarität und Zusammenarbeit, in antikapitalistischen Praktiken übt, die ihn letztlich befähigen, sich der nationalistischen Regression des Bewusstseins und dem Stumpfsinn von Staat und Partei entgegen zu stellen. Und Freiräume sollen eben das ja sein: Orte, an denen das freie Denken von Alternativen und progressive soziale Experimente ihren Platz finden. Auf den Erfolg gibt es dabei nie eine Garantie, aber solche Entfaltungsräume sind schließlich die Bedingung der Möglichkeit emanzipatorischer Entwicklungen. Und das ganz im Sinne Rosa Luxemburgs etwa, die im Streik und der Gewerkschaft eben auch nur *ein* Mittel zur Sozialisation der Massen sah, also die Freisetzung von der Arbeit und von der Isolation am Arbeitsplatz als Bedingung der Möglichkeit dafür annahm, eine emanzipatorische Entwicklung kollektiv voranzutreiben. Hier wie da geht es erstmal darum, gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz und deren Leistungszwang einen Freiraum behaupten zu können, um überhaupt handlungsfähig zu werden.

Nun, zumindest der erste Teil dieser Bedingung ist ja in Lindenau erfüllt, die meisten EinwohnerInnen sind von der Arbeit „freigesetzt“. Doch leider fehlt es sowohl am nötigen Bewusstsein, bspw. über die gemeinsame soziale Lage, als auch an wirksamen Organisationen, um die freie Zeit durch die Eroberung von Freiräumen besser, und das heißt hier schon progressiv, zu nutzen. Die gesamte Leipziger Linke, über den palavernden Staatssozialisten oder nationaltümeln-

(...) Denn mit der gescheiterten Leipziger Olympia-Bewerbung sind auch unter den Optimisten die letzten Hoffnungslaternen ausgegangen, dass der fette Speck von selbst zum armen Mäuschen kriecht und der Stadtteil sich wie von „unsichtbarer Hand“ aus seinen Strukturproblemen pellet. Die Industrie ist lange weg und wo keine Brachen und Ruinen gammeln, da strahlen frisch geweißte Häuserwände vom schiefen Schein notdürftiger Sanierung und verhöhnern die „Modernisierung“. Die meisten Quartiere sind auf die Normen der Bedarfsgemeinschaften zugeschnitten, „angeharzt“ sozusagen. Es fehlt überall an regenerativen Flächen, Nutzräumen und tagtäglich rollt die Blechlawine über den Westen Richtung Schkeuditz/Autobahn oder Halle. Die meisten Leute haben kein Geld in der Tasche und dementsprechend schlecht geht's dem Gewerbe. „Blau nach Lindenau“, wie die Leipziger Verkehrsbetriebe werben, d.h. fern der sozialen Stigmatisierung vor allen Dingen eines: Perspektivlosigkeit. Überall in Lindenau ist sie spürbar, diese resignierte Unruhe eines desillusionierten Kleinbürgertums, das den Dienstleistungszug des dritten Marktes verpasst hat und nun in der deindustrialisierten Sackgasse festsitzt. Weder Arbeit noch ein schönes Leben und schon gar nicht beides zusammen, wie es sich der korporierte Freimaurer und Großgrundbesitzer Heine mit seiner Westend-Baugesellschaft wohl erträumt hatte; nichts von dem, was vor 150 Jahren einem phantasiereichen bürgerlichem Bewusstsein noch möglich schien: rauchende Schloten, mit Maschinendampf und Heizöl vermischten Schweiß und den Dreck der Gossen als „blühende Landschaft“ vorzuschwärmen; nichts davon ist heute wirklich. Wie es der oberen Ein-

den Gewerkschafter bis hin zum linksradikalen Krypto-Kommunisten, alle sind dabei, dieselben Fehler zu wiederholen, wie in Reudnitz und Schönefeld/Neu-Schönefeld, wo mittlerweile die *Freien Kräfte* und andere faschistische Kollektive die politische Rhythmik der Viertel dominieren. Auch der *Feierabend!* selbst kann sich von dieser Kritik nicht ausnehmen, ist es doch in den letzten Jahren weder in Reudnitz, noch in Neu-/Schönefeld, noch in Lindenau gelungen, weitere Verkaufsstellen aufzubauen.

Nochmals muss also der Zoom der Lupe erhöht werden, um auf noch konkretere Ebene zu sehen, wo sich in Lindenau überhaupt emanzipatorische Impulse und Freiräume bilden. Und hier erst, wo nun schon wirklich kleine Brezeln gebacken und von einer erbaulichen Perspektive wahrlich kaum noch gesprochen werden kann, rückt die Arbeit des HausHalten e.V. ins Zentrum der Betrachtung. Denn wer aufmerksam durch Lindenau und Plagwitz wandert, wird hier und da feststellen, dass an unsanierten Häusern ein großes gelbes Banner mit der Aufschrift prangt: Wächterhaus. Ganz der Parole vom „Häuser halten!“ verpflichtet, bemüht sich ein Verein von Architekten und Stadtplanern schon seit 2003/04 darum, vor allen Dingen einige der stark gefährdeten Lindenauer „Gründerhäuser“ vor dem Verfall zu retten.

Das Wächterhaus - zwischen bloßem Substanzschutz und wirklicher Stadtentwicklung

Propagiert dieser gemäßigte und bürgerlich-liberale Verein einzig den Substanzschutz im Viertel und hätte neben völlig abstrusen musealen Vorstellungen keinen Blick für die soziale Lage, es wäre müßig, sich mit seiner Arbeit näher auseinander zu setzen. Da das „Wächterhaus-Konzept“ des *HausHalten e.V.* aber vor allen Dingen auf eigenleistende NutzerInnen, die sogenannten „Wächter“ setzt, tritt der Verein gegenteilig sehr offensiv mit dem Anspruch auf, Stadtentwicklung nicht nur im rein architektonisch substanzziellen Sinne, sondern vor allem im sozialen Sinne zu betreiben. Günstiger Nutzraum soll die Attraktivität der angrenzenden Quartiere erhöhen, KünstlerInnen, Gruppen und Projekte ins Viertel ziehen, ihnen Entfaltungsraum geben und

so das soziale Leben bereichern, nicht weniger haben sich die Mitglieder des Vereins auf die Fahnen geschrieben. Der/Die politisch versierte Leser/in wird sich sofort fragen: „Lebensbereicherung“, steckt hinter dieser Phrase wirklich eine konkrete sozialpolitische Qualität? Wird hier nicht der bloße Substanzschutz blumenreich ausgeschmückt? Und wie soll das gehen, Stadtentwicklung im sozialen Sinne, ohne eine politische Perspektive, die den engen Zwangskreis von Arbeit und Geld letztlich sprengt? Der Verein stellt ja Boden- und Immobilien-Spekulationen keineswegs in Frage. Im Gegenteil: Sein Programm zielt gerade darauf ab, zurückgebliebene Immobilien wieder in den Markt einzugliedern. Die Skepsis gegenüber dem Anspruch des *HausHalten e.V.* wirkliche Stadtentwicklung mit dem „Wächterhaus-Konzept“ zu betreiben, hat also genügend Anlass laut ausgesprochen zu werden. Um allerdings vom Zweifel zur ernsthaften Kritik fortzuschreiten, müssen wir den Gegenstand auch auf seine Sachhaltigkeit hin prüfen. Denn es kann ja sein, dass sich trotz der mangelhaften Ausrichtung des Vereins, hinter der hohlen Phrase von der Bereicherung des sozialen Lebens, auf der indirekten Ebene, über die Potentiale des Wächterhaus-Konzeptes selbst, Freiräume bilden, die emanzipative Prozesse fördern. Das ist die Spur, der wir im weiteren folgen wollen, wenn wir das Konzept der Wächterhäuser hier näher untersuchen, Fragen an die Mitglieder des *HausHalten e.V.* stellen (siehe nebenläufiger Kasten) und in den folgenden Heften Exkursionen in die Lebensrealitäten der „Wächter“ starten. Im ersten Schritt ist deshalb zu prüfen, ob die Nutzung der Häuser ausgerichtet auf eine soziale Entwicklung der angrenzenden Quartiere überhaupt genügend Berücksichtigung im Gesamtkonzept des Vereines findet. Denn schließlich sollen die nutzenden Wächter ja die Träger und Protagonisten solcher positiven Prozesse sein. Welche Partizipationsmöglichkeiten haben sie? Welche Geltung wird ihren Interessen zugestanden?

Desweiteren gilt es zu untersuchen, inwieweit der Verein seine Nutzungsvorstellungen, von denen er sich ja eben jene segensreiche Wirkung auf die Entwicklung der Viertel verspricht, überhaupt absichert. Gibt es Nutzungskriterien und ihre Kontrolle? Oder regiert am Ende die Beliebig-

Im Interview:

Fritjof Mothes ,Vom Rand her schrumpfen‘

Fritjof Mothes, geboren 1970, innerhalb des Vereins für Nutzerbetreuung und Eigentümerberatung zuständig, ist Stadt- und Regionalplaner, Mitherausgeber der „Leipziger Blätter“ und einer der Initiativgeber zur Gründung von HausHalten e.V. sowie Vorstandsmitglied.

FA!: *Sie sind von Beruf Stadt- und Regionalplaner, wie kam es zur Idee, zum Verein HausHalten und wann?*

Fritjof Mothes: Als Stadtplaner produziert man ja viel Papier, nur an der Umsetzung hapert es meistens. Wir wollten 2003 mal probieren, ob man das Konzept der Stadtteilplanung für den Leipziger Westen auch in die Tat umsetzen kann. Damals haben wir uns pro Haus nur eine Person vorgestellt, die dort lebt und arbeitet. Letztendlich hat sich ein Team aus Beteiligten, welche sich aus diesen Zusammenhängen kannte, zusammengefunden mit dem Ziel, ein praktisches Beispiel zu schaffen und zu sehen, ob das tragfähig ist.

FA!: *In knapp 4 Jahren von einer lokalen Initiative zu einem staatlich geförderten Kompetenzzentrum. Sind sie zufrieden mit den Fortschritten des Vereins? Werden ihnen Steine in den Weg gelegt?*

FM: Wir sind von der Resonanz, vor allem von der Nachfrage, was Interessenten für die Nutzung der Gebäude betrifft, überrascht. Wir hatten schon Zweifel, insbesondere als wir im letzten Jahr den Schritt in den Osten getan haben, wo wir mit der Ludwigstraße und der Eisenbahnstraße zwei Häuser haben, die sehr groß sind. Aber auch dort hatten wir nach wenigen Besichtigungen das Haus quasi voll. Nur manchmal hatten wir Schwierigkeiten, die Eigentümer zu überzeugen, weil die sich unter dem Konzept nichts vorstellen konnten. Generell können wir uns über mangelnde Unterstützung nicht beschweren. Problematisch ist eher, dass wir als kleiner Verein mit rund zehn Mitgliedern mit den Kapazitäten an die Grenzen stoßen. (...)

... weiter auf Seite 7... →

keit? Und wie will man verhindern, dass der entstehende Raum derart genutzt wird, dass gegenteilig sozial mißgünstige Entwicklungen befördert werden?

Abschließend muss dann die wirkliche Praxis, die Realitäten der Nutzung im Zentrum der Analyse stehen. Wie gehen die „Wächter“ mit den an sie herangetragenen Nutzungsvorstellungen um? Welche eigenen haben sie? Gibt es da Widersprüche? Einen kommunikativen Raum der Klärung? Wie schätzen die NutzerInnen das Engagement des Vereins dahingehend ein?

Danach, so ist zu hoffen, hat sich ein facettenreiches Bild für eine nüchterne Einschätzung der konkreten Möglichkeiten emanzipativer Prozesse innerhalb und um die Wächterhäuser verdichtet. Und der eine oder die andere Leser/in hat genug Hinweis und Aufklärung gefunden, um sich richtig entscheiden zu können, ob nun für oder gegen die Nutzungsangebote des *HausHalten e.V.*

HausHalten - Die Idee vom runde Tisch der Interessen

Die Grundidee zur Rettung substanzgefährdeter Häuser, die der Verein *HausHalten e.V.* entwickelt hat, ist oft gelobt worden. Minister haben sich die Klinke in die Hand gegeben. Sie beruht wesentlich darauf, dass sie zwei Königskinder zueinander bringt, die sonst teils aus Mangel an Interesse, teils aus Unfähigkeit einfach nicht zusammenfinden. Das eine scheue Kindchen heißt da eigentümlich Eigenthymia, das andre schüchtern und bieder Stadtverwalterine. Die Problemlage hat ihre Wurzel in der Eigentumspolitik der BRD während der Annexion der Gebiete der Ex-DDR. Die staatssozialistischen Reformen hatten dort das private Eigentum am Wohnraum größtenteils abgeschafft und zentrale Mietkartelle unter staatlicher Kontrolle dominierten den Markt. Neben den Besitzinteressen enteigneter Eigentümer ging es bei der „Wende“ also vor allen Dingen um eine Öffnung dieses Marktes, um das Freisetzen der kapitalistischen Konkurrenz. Es war deshalb nicht vorrangig aus moralischen Beweggründen erforderlich, die Rechtsgeschichte der DDR zu negieren, sondern in erster Linie aus ökonomischen Kalkülen. Die juristische Grundlage hierfür lieferte die Restitutionsgesetzgebung, die allgemein gesprochen Rückforderungsansprüche bei widerrechtlichen Aneignungen regelt. Nachdem also der

Bund per treuhänderischer Verwaltung die bestehenden Kartelle übernommen und sich die besten Rosinen zum Weitervercherbeln angeeignet hatte, legte er die Verwaltung in die Hände der Kommunen & Stadtverwaltungen und stellte es seinen Bürgern ansonsten frei, in den alten Papieren zu blättern und wenn entsprechende Rechtstitel noch vorhanden, die Immobilien zurück in private Hand zu fordern. Es gibt sicher heute noch hier und da vergreisten Spätadel, der ohne es zu wissen, Grund und Boden im Osten besitzen (könnte). Freilich machte auch nicht jeder von seinen Ansprüchen Gebrauch und Fälle von ungeklärten Rechtsfolgen, verschollenen Erbgemeinschaften und verschwundenen Papieren gab es genug. Hier half das Konzept der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften aus, das sich in der BRD schon beim Ausstieg der Zentralgewerkschaften aus dem sozialen Wohnungsbau und der Übernahme vieler gewerkschaftlicher Wohn-Immobilien bewährt hatte (2). In diesen lokalen Kartellen, oftmals hundertprozentige Tochterunternehmen der kommunalen Stadtverwaltungen, sammelte sich der Restbestand der unveräußerlichen Immobilien. Teils als reine Kredit-Absicherung, teils als Instrument sozialpolitischer Programme oder auch über bloße Verkaufsgewinne waren diese Wohnungsbau-gesellschaften in den 90ern die Spina dorsalis, das Rückgrat der lokalen Stadtentwicklungen unter kommunaler Verwaltung. Allerdings befanden sich in diesem ausgesiebten „Rest“ auch kaum noch viele verwertbare Rosinen, so dass der Kostendruck durch abrißgefährdete Häuser und Investitionsruinen von Anfang an ziemlich hoch war und immer noch wächst.

In diese Lage, von jedem Interesse entkoppelter Immobilien, stößt nun die „Einzel-fall-Taktik“ des Vereins HausHalten (3). Einzelne, aus dem Markt herausgefallene Immobilien sollen „aufgefangen“ und aufgewertet werden. Schlechterdings wird die Substanz des Hauses erhalten und die Unterhaltskosten in private Hand verlegt, bestenfalls gewinnt die Immobilie wieder an Wert und läßt sich an den Kreis der üblichen Marktspekulation rückkoppeln. Der Verein tritt dabei wesentlich als Dienstleister auf, der die Opportunitätskosten beider Parteien, also den Aufwand der Stadtver-

waltung und den Widerstand des eigentlichen Besitzers, senkt, um beide Seiten und ihre unterschiedlichen Interessen, die beiden Königskinder, an einen Tisch zu bekommen. Einerseits bedient er die Interessen der kommunalen Stadtverwaltung, die Erhaltungskosten unrentabler Wohnimmobilien loszuwerden bei gleichzeitiger Aussicht auf Stadterneuerung und einen permanenten Ansprechpartner in Sachen Besitzpflichten, andererseits ködert er den investitions-scheuen Eigentümer mit hauseigenen Baugutachten, Schätzung & Planung und Fremdleistungen, um dessen Interesse auf höhere Rendite am Objekt zu fördern.

Den Schlüsselfaktor der Strategie bildet dabei die eigentliche Nutzung. Denn ohne „Wächter“, die ein verfallsbedrohtes Haus revitalisieren, heizen, lüften etc. pp., ist ein solches Objekt kaum ohne weitere Groß-Investition im Wert zu steigern. Und gerade die hohen Investitionskosten halten ja viele Besitzer davon ab, ihre Immobilien aufzuwerten bzw. zu „halten“. Der Verein rekrutiert deshalb NutzerInnen, Künstlergruppen, Vereine etc., die bereit sind, unkomfortable Verhältnisse und hohe Eigenleistungen in Kauf zu nehmen, um kurzfristig (in der Regel 5 Jahre) günstigen bis mietfreien Nutzraum (i.d.R. kein Wohnraum) in den quasi vorübergehend vom Verein verwalteten Häusern zu erhalten. Der



HausHalten e. V. schließt hierzu Nutzungsverträge ab, sogenannte Gestattungsvereinbarungen „Raum“, die den Nutzraum, die Zeit und die Art und Weise der Nutzung feststellen, den Nutzern grundversorgende Instandhaltungsmaßnahmen wie Elektro- und Wasseranschlüsse, Dachsicherung und sanitäre Anlagen zusichern und gewisse Entschädigungen für Eigenleistungen bei vorfristigen Vertragskündigungen regeln. Die Nutzungsverträge sind alle binnen drei Monaten kündbar, was einem herkömmlichen Mietverhältnis entspricht. Der *HausHalten e. V.* kann deshalb als quasi besitzender Vermieter auftreten, da er gleichzeitig mit dem derzeitigen Verwalter bzw. rechtmäßigen Eigentümer des entsprechenden Objektes eine sogenannte Gestattungsvereinbarung „Haus“ abschließt, in welcher dem Verein Verwaltungsrechte übertragen werden und die Bereiterklärung erfolgt, grundversorgende Instandsetzungen und erste Besitzpflichten hinsichtlich der Verkehrssicherheit und Haftung der Immobilie zu übernehmen. Durch diese doppelte Vertragsstruktur zwischen NutzerIn und Verein und zwischen Verein und Eigentümer/Verwalter, also einerseits durch die Zusicherung über die NutzerInnen, monatliche Betriebskostenabschläge zu zahlen und andererseits durch die Versicherung des Besitzers, eine diesbezügliche Abrechnung auch in Gang zu setzen, etabliert der Verein so etwas wie eine Vorform eines gewöhnlichen Mietverhältnisses. Und von daher versteht sich auch das Ziel des Vereins, die Wächterhäuser wieder zu „entlassen“. Gemeint ist damit nämlich in erster Linie der Rückzug der vermittelnden Vertragsstruktur bei gleichzeitiger Etablierung eines direkten Mietvertrages zwischen den Parteien. Was natürlich im weiteren bedeutet, dass der Eigentümer beginnt, seine wertgesteigerte Immobilie besser zu pflegen und weiter zu investieren (Hurra, hurra, der Markt ist wieder da!) und die Stadtverwaltung bzw. Kommune sich darüber freuen kann, ein mißliebiges Objekt aus dem Bestand losgeworden zu sein und gleichzeitig nun ein Ansprechpartner für Besitzpflichten und Kostenumlagen existiert.

Brosamen von der Herren Tische

Also rundherum ein Tisch, an dem alle In-

FA!: *Das Wächterhaus-Konzept ist eigentlich unabhängig vom Interesse der Stadt, bevorzugt die Substanz an vorhandenen Gründerhäusern zu erhalten. Warum also stehen gerade diese Häuser im Zentrum der Aktivitäten des Vereins und können Sie sich vorstellen, dass etwa auch Plattenbauten bspw. in Grünau als „Wächterhäuser“ fungieren?*

FM: Grundsätzlich orientieren wir uns danach, dass wir bewusst nicht in Stadtteile wie Südvorstadt oder Connewitz gehen, die es auf dem Immobilienmarkt leichter haben. Wir glauben, dass sich da auch normale Investoren zur Genüge finden. Wir gehen ganz bewusst in die Stadtteile, wo wir Probleme sehen, wie beispielsweise im Leipziger Osten und Westen. Man konnte vor einigen Jahren nicht sagen, dass Lindenau jetzt der hippeste Stadtteil ist. Wir hatten Anfangs in einem Haus in der Demmeringstraße auch durchaus eine hohe Fluktuation, weil Bewohner wieder zurück nach Connewitz gezogen sind, da ihnen der Stadtteil nicht kreativ und hip genug war, das hat sich mittlerweile geändert. Wir glauben, dass das durchaus ein Baustein ist, dass Wächterhäuser sich inzwischen dort auch konzentrieren. Mittlerweile gibt es dort mehrere, die sich gegenseitig befruchten und Gegenden, die vorher eben nicht so angesagt waren, mit in den Fokus rücken. Zur Auswahl der Gebäude kann ich nur sagen: Unser Hauptziel ist es, die historischen, das Stadtbild prägenden Gebäude zu halten und für Leipzig über die Zeit zu retten. Wir gehen ganz bewusst nicht nach Grünau, weil wir der Überzeugung sind, dass wir es dort mit einem erheblichen Leerstand zu tun haben und natürlich auch sehen, dass es Gebiete und Wohnungsüberhänge geben wird, die abgebaut werden müssen. Und da sagen wir: den historischen, urbanen Kern zu behalten ist wichtig. Das heißt auch, dass wenn man schon schrumpft, man vom Rand her schrumpft.

FA!: *Es ist aber vorstellbar, dass der Verein etwa in Reudnitz oder Neustadt/Schönefeld Häuser übernimmt?*

FM: Wir sind da dran und wenn sich Partner finden, sowohl auf Eigentümerseite als auch bei den Nutzern, dann werden wir das auch angehen. Uns ist es allerdings wichtig, besonders die den Stadtteil prägenden Gebäude anzugehen und das sind vor allem die Eckgebäude an den Hauptverkehrsstraßen. Ich glaube, das kann man ja an der allgemeinen Sanierungsentwicklung sehen, dass sich die ruhigen Seitenstraßen oft von ganz alleine entwickeln, aber sich an den Hauptverkehrsstraßen, die das Bild der Stadt ganz besonders prägen, die Probleme konzentrieren. Das ist unser Hauptbetätigungsfeld. Da befinden wir uns übrigens vollkommen im Einklang mit den Stadtentwicklungszielen der Stadt Leipzig. Da arbeiten wir eigentlich Hand in Hand und haben auch keine gegensätzlichen Auffassungen.

FA!: *Der Verein bildet ja einen runden Tisch der Interessen. Neben denen des Eigentümers und der Stadt sollen auch die NutzerInnen-Interessen eine Rolle spielen. Wie deckt sich die Arbeit im Verein mit ihren Idealvorstellungen von Stadtentwicklung insbesondere in Bezug auf die soziale Entwicklung von Quartier und Milieu?*

FM: Unser Ansatz verfolgt mehrere Aspekte, das ist zum Ersten der bereits erwähnte Substanzerhalt. Der Zweite ist, dass dort Stadtteile belebt werden sollen. Aber wir wollen auch ganz bewusst jene unterstützen, die es auf dem klassischen Markt schwer haben. Das bedeutet einerseits, Räumlichkeiten zu bieten für Kreative, Künstler, für soziale Initiativen, die oft auch am Anfang stehen. Manche haben vor ihrem Einzug nur auf dem Papier existiert, weil sie sagten: „Wir können nicht arbeiten, wenn wir keine Räume haben.“ Wir bieten zu sehr günstigen Konditionen die Räume, aber auch Zeit – aufgrund dessen weil es nicht so teuer ist – zu probieren und sich zu entwickeln. Das Andere, was uns auch sehr wichtig ist, ist für Existenzgründer Möglichkeiten zu bieten. Wir haben mehrere kleine Büros, zum Beispiel ein Grafikbüro, oder eine

... weiter auf Seite 9 ...



teressen gleichberechtigt zur Geltung gelangen? Ein Ideal-Modell um verfallsbedrohte Häuser zu halten und die maroden Arbeiterviertel wieder zu vitalisieren, mit emanzipatorischen Impulsen gar zu beleben? Nein, denn insbesondere die direkten Interessen der NutzerInnen werden in dieser Interessensrunde vorrangig vom Verein repräsentiert. Und hier liegt auch der Hase im Pfeffer. Genau gesehen wird nämlich die runde Interessenstafel hauptsächlich durch die substanzerhaltenden Kalküle gestiftet. Der Eigentümer hofft auf mehr Rendite, die Verwaltung auf sinkende Kosten und ein gutes Stadtbild und der Verein auf die Rettung architektonisch wertvoller Gebäude. Die Nutzung scheint letztlich nur Mittel zum Zweck, zweitrangig und beliebig zu sein. Von einem umfassenden sozialpolitischen Plan, einer langfristigen Perspektive sozialer Stadtentwicklung finden sich also wenig Spuren. Der Verein behält sich zwar vor, am konkreten Nutzungskonzept zu entscheiden, ob die jeweilige Nutzung sinnvoll und passend zu seinen aktuellen Stadtentwicklungs-Vorstellungen ist. Letztlich aber ist davon auszugehen, dass jede x-beliebige Nutzung in Kauf genommen wird, um ein leerstehendes Haus, bei dem die Verhandlungstendenzen mit den anderen Parteien bereits positiv sind, mit „Wächtern“ zu besetzen. Es sticht dabei der Widerspruch besonders heraus, dass der Verein zwar über die konkrete Nutzung soziale Stadtentwicklung betreiben will, dafür aber keinerlei eindeutige Kriterien anzugeben weiß, was den Schluß nahelegt, dass er gar keine spezifischen Vorstellungen progressiver sozialer Stadtentwicklung ausgebildet hat. Stadtentwicklung gilt allein dann schon als erfolgreich, wenn die Immobilien an die freie Spekulation des Marktes angekoppelt sind und von privaten Investoren wieder markt-

konform betrieben werden. Dass damit auch das schnelle Aus alternativer Nutzungen droht, wie im Beispiel der Lower East Side in New York (3), verschweigt der Verein tunlichst, denn auf langfristige Perspektiven hat er es gar nicht abgesehen. Das Wächterhaus-Konzept begnügt sich mit einer Nischenpolitik, bei der letztlich vor allem die Kapital-Interessen von Eigentümer und Stadtverwaltung bedient werden. Zwar stellt er auch Ansprechpartner für die NutzerInnen ab, aber ob auf dieser Kommunikationsebene Fragen der hausübergreifenden sozialen Stadtentwicklung überhaupt verhandelt werden, bleibt äußerst fraglich. Man kann sogar davon ausgehen, dass der Verein durch die kurzfristige Projektanlage und dem Ziel der Marktrückbindung, schließlich durch die Interessensvertretung von Stadt und Besitzer, progressive Vorstellungen über Nutzung und Wirkung der Wächterhäuser unterbindet, insofern diese bei den NutzerInnen überhaupt vorhanden sind bzw. angesammelt werden. Aufwertung der Quartiere, d.h. für die Stadtplaner des *HausHalten e.V.* auch nicht viel mehr als Wertsteigerung der Immobilien. Noch dazu verhindert der Verein über die Re-Aktivierung des rechtmäßigen Besitzers und die Etablierung gewöhnlicher Mietverhältnisse, dass solche Häuser anderweitig und langfristiger „besetzt“ und genutzt werden.

Es bleibt also Alles in allem ein fades Bild zurück. Wenn die Wächterhäuser in Lindenau und Plagwitz Freiräume eröffnen und emanzipatorische Impulse in die angrenzenden Quartiere ausstrahlen, dann wohl hauptsächlich durch die Eigeninitiative der dort angesiedelten „Wächter“, sofern diese nicht vom Verein selbst ausgebremst werden. Das wird in den folgenden Heften noch genauer an den konkreten Projekten zu untersuchen sein. Und sicher, der entstandene Nutzraum und die, wenn auch kurze, Zeit der alternativen Nutzung, befördern solche Möglichkeiten des sozialen Engagements. Dennoch sollte sich jedeR, der/die erwägt, in ein Wächterhaus zu ziehen, klar darüber sein, auf welcher Schmalspur der Verein *HausHalten e.V.* eigentlich plant. Die hohen Eigenleistungen werden zwar durch den günstigen Nutzungspreis einigermaßen ausgeglichen, aber langfristig arbeitet mensch hier nur dem Besitzer in die Taschen. Und wenn diesem, der Stadt oder dem Verein die Nutzung nicht

mehr passt, ja dann, flattert wohl ganz schnell die Kündigung ins Haus.

Auf dieser Grundlage sind die Wächterhäuser ganz sicher nicht der neue Rettungsanker Lindenaus, nicht mal ein Tropfen in die trockene Kehle. Denn solange die Priorität allein auf den Substanzschutz und die spekulative Verwertbarkeit der Häuser gelegt wird, solange fehlt eben eine handfeste und langfristig nachhaltige Perspektive für die positive soziale Stadtentwicklung in den Vierteln. Und um diese voran zu treiben, sollte man in Zukunft nicht die Häuser „halten“, um sie dem Besitzer attraktiv zu machen, sondern jene enteignen, die ja offensichtlich kein Interesse mehr an ihrem Besitz aufbringen, und die Häuser eben „besetzen“ und kollektivieren. Als neue Bastionen des sozialen Zusammenlebens könnten diese dann bspw. selbstverwaltete Arbeitsbörsen, autonome Mieterkollektive oder Büros von unabhängigen Stadteilräten, Gewerkschaftssyndikaten und anderen sozial aktiven Gruppen beherbergen, schließlich Raum für Fahrgemeinschaften bis hin zur gemeinsamen Kinderbetreuung bieten; etwas anderes freilich als erlebnisorientierte KünstlerInnen und kreative Individuen des verarmten Bildungsbürgertums. Eine solche Perspektive bliebe sicher nicht im Kleinen stehen und nötigt dem Standpunkt einiges an Idealismus ab. Aber ohne den, zumindest ohne den Mut und die Hoffnung der unteren Schichten, werden in Lindenau auch in Zukunft nur kleine Brezeln gebacken, Brosamen von der Herren Tische, die den Hunger und die Trostlosigkeit kaum stillen.

clou

(1) Der Leipziger City-Tunnel-Bohler, den man extra für die unterirdischen Baumaßnahmen entwickelt hat, wurde auf den wenig phantasiereichen Namen „Leonie“ getauft. Das ganze Bauprojekt dürfte durch die anhaltenden Verzögerungen (3 Jahre +) mittlerweile schon ca. 1,5 Milliarden Euro verschlungen haben. Allein der Eigenanteil von Stadt und Land ist im letzten Jahr von 500 Millionen auf weit über 800 Millionen geklettert.

(2) Siehe hierzu auch FA!#25 „Neue Häuser“

(3) Freilich ist die Strategie nicht ganz neu. Schon in den 1980ern wurde bspw. genau mit diesem Modell (5-Jahres-Verträge mit kreativen Köpfen, Intellektuellen etc. pp.) die Lower East Side in New York entwickelt bzw. „gentrifiziert“. Mit der Folge, dass die meisten der Angeworbenen nach Ablauf der Verträge durch das teilweise bis auf über 500% gestiegene Mietniveau wieder verdrängt wurden. Siehe hierzu auch das interessante Interview in der aktuellen *Direkten Aktion* mit Prof. Dr. Neil Smith aus New York, der dort schon seit langem zu Gentrifizierungsfragen forschert: *DA*, Nr. 186, „Kapitaler Abschaum“, S. 6



Seifensiederei, die es sich überhaupt nicht hätten erlauben können, sich eine klassische Einheit irgendwo auf dem regulären Markt zu mieten, aber sich jetzt ausprobieren können und vielleicht irgendwann soweit entwickeln, dass sie damit auch Geld verdienen können und sich in den normalen Wirtschaftskreislauf einbringen.

FA!: *Wenn sich nun viele soziale Vereine für ein leerstehendes Ladenlokal bewerben würden, wie würden sie entscheiden, wem sie den Vorzug geben?*

FM: Wir machen mehrere Besichtigungen und meistens fügt es sich dann, dass sich im Prinzip so ein oder zwei besonders sinnvolle für den Laden zusammenfinden. Dann sehen wir, was uns auch im Zusammenspiel mit den anderen Nutzern am sinnvollsten erscheint und dann versuchen wir auch relativ schnell, die Nutzer im Haus gemeinsam entscheiden zu lassen, was dort sinnvoll ist. Weil die Nutzungen sich ja auch vertragen müssen, also wenn auch mal wo länger Musik gespielt wird, passt das nicht, wenn darunter etwa ein Jogakurs gemacht wird. Das ist immer ein sehr diffiziler, spannender und einzelfallbezogener Prozess.

FA!: *Inwieweit hilft und berät der Verein bei der Planung und Finanzierung der NutzerInnen-Interessen?*

FM: Im Grundsatz sind die Leute für ihr Konzept selbst zuständig, wir hoffen – und das hat bisher auch immer geklappt – dass es innerhalb des Hauses eine Mischung gibt und die sich gegenseitig helfen können. Zum Beispiel funktioniert inzwischen auch die Kommunikation zwischen den Wächterhäusern ganz gut. Das betrifft nicht nur Nutzerkonzepte, sondern auch bauliche Sachen, weil am Anfang der Ausbau dominiert – die Häuser sind ja teilweise in nicht gerade berauschendem Zustand. Wir sehen es aber nicht so sehr als unsere Aufgabe an, dort inhaltliche Unterstützung zu geben, das ist in anderen Städten ganz anders. Wie jetzt in Halle oder auch in Chemnitz, wo ein Verein die Wächterhäuser etablieren will. Dort will der Verein die Kreativen auch in den in-

haltlichen Konzepten unterstützen, das ist hier in Leipzig nicht so sehr das Thema.

FA!: *Welche Erfahrungen haben Sie mit der Integration der Nutzungsinitiativen der „Wächter“ mit ihrer nachbarschaftlichen Umgebung/ihrem Milieu?*

FM: Unterschiedlich. Ich habe den Eindruck im Gespräch mit den Nutzern, dass die Akzeptanz steigt und man sich auch damit auseinandersetzt, was hier im Stadtteil passiert. Ich glaube, dass es wichtig ist, für eine gewisse Offenheit einzustehen, das ist der positive Aspekt. Auf der anderen Seite ist es aber auch so – und dafür gibt es auch ein, zwei Beispiele – dass wenn Abends mal Party ist und das nicht unbedingt Konzept des Ladens war, dass sich Leute gestört fühlen, wenn da Leute auf der Straße stehen mit 'ner Bierflasche und drinnen Musik kommt. Da gibt's dann auch mal Nachbarschaftskonflikte, wo wir dann wieder dransind und gucken müssen, das im Zaum zu halten, zu vermitteln und die Nutzer aufzufordern, sich an die Regeln zu halten. Man kann eben nicht bis 24 Uhr Techno spielen, wenn ein anderes Konzept eigentlich vereinbart war.

FA!: *Ziel des Vereins ist es ja, irgendwann aus der Betreuung der Wächterhäuser auszusteigen, sie sozusagen in die „Selbstbestimmung“ zu entlassen. Bisher ist das nur mit dem Wächterhaus in der Kulturstraße gelungen. Was waren hier die besonderen Umstände, die dies ermöglichten? Und werden bald weitere „Wächterhäuser“ diesem Beispiel folgen?*

FM: Grundsätzlich ist es so, dass wir eine Art Durchlauferhitzer sind. Unser Ziel ist es, eben nicht unendlich viele Wächterhäuser zu haben, sondern es geht darum, die Nutzergemeinschaften so zu bilden, dass sie irgendwann in die Selbständigkeit entlassen werden können. Dass das bei der Kulturstraße gut funktioniert hat, liegt daran, dass es in diesem Haus nur wenige Nutzer gibt, so drei oder vier an der Zahl, die sich untereinander sehr gut kennen, und auf der anderen Seite haben wir eine Eigentümerin, die selbst Leipzigerin ist, mit der wir sehr gut zusammenarbeiten und eng verbunden sind, also eine Vertrauensbasis da ist. Bei

den anderen Häusern ist es grundsätzlich ein bisschen komplizierter, weil es einfach sehr viel mehr Nutzer gibt und das Verfahren ja so ist, dass wir als Verein mit dem Hauseigentümer eine ‚Gestattungsvereinbarung Haus‘ auf der einen Seite treffen und auf der anderen mehrere ‚Gestattungsvereinbarungen Raum‘ mit den Nutzern. Wenn nun die Nutzer eines Hauses sich zu einer Gemeinschaft zusammenschließen und statt mehrerer nur noch einen Vertrag mit uns haben als Zwischenstufe und dann dieser eine Vertrag mit dem Eigentümer direkt zusammengeführt wird, da können wir uns dann herausziehen. Und das ist natürlich in einem Haus, wo es zehn verschiedene Nutzer gibt, sehr viel komplizierter als in einem kleinen Haus wie in der Kulturstraße. Wir haben jetzt auch zwei Häuser, wo wir uns vorstellen können, dass das sehr bald der Fall sein wird. Man darf aber auch nicht vergessen, dass die Eigentümer auch froh sind, einen seriösen „Puffer“ zwischen den Nutzern und sich selbst zu haben.

FA!: *Hoffen sie denn, dass sich der Verein durch positive Entwicklung eines Tages selber überflüssig machen könnte?*

FM: Ja, wir sehen das Projekt ‚Wächterhäuser‘ bewusst als temporär. Wir glauben oder erhoffen, dass wenn man sich die Sanierungsentwicklung in Leipzig anschaut und auch die weniger wertvollen Häuser, die diese extremen Probleme haben, dass man uns in zehn Jahren nicht mehr braucht, weil dann dieses Problem der geflickten Häuser hoffentlich weitgehend befriedigt ist. Wir sind gerade dabei – das wird unser Schwerpunkt in nächster Zeit sein – dieses Modell in andere Städte zu exportieren; der andere Schwerpunkt ist es, das Modell weiter zu entwickeln, uns zu überlegen, ob es nicht auch andere Varianten des Hauserhaltes gibt. Da werden wir schauen, ob es gerade für Kleinstädte, wo die Probleme ja noch viel, viel größer sind als in Leipzig, noch weitere Modelle gibt und uns dann darauf konzentrieren in Zukunft.

FA!: *Vielen Dank für das Interview.*

bonz

Hoch die...! Nieder mit...!

Bei Nazis sind sich Alle einig: Raus! Raus! Raus! Doch ruhiges Hinterland gibt es auch bei der Antifa nicht, wie es sich während der Mobilisierung gegen den Demo-Versuch der freien Kräfte am 15.März zeigte.

All cops are bastards, zitterte es noch in den Knochen einiger sonst so alterer Antifascistas, die aus Angst vor prognostizierter Polizeigewalt lieber ausschlafen wollten.

Die Karli musste letztlich eh nicht Stein für Stein zurückgegeben werden, da die angekündigte Demo von NPD und freien Kräfte kurz vor knapp verboten wurde. „Na watt denn“, dachte sich das Ladenschlußbündnis und demonstrierte trotz fehlenden Nazis einfach unter dem Motto „gegen Rassismus von LVZ bis deutsche Stimme“, mit immerhin 150 Bewegten.

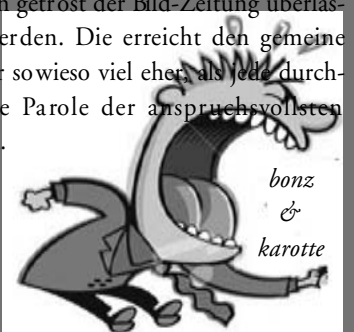
Selbst dem armen Häuflein Festentschlossener wollte es nicht so richtig gelingen ein furioses Auftreten durch markige Parolen zu demonstrieren. Dabei bleibt bei fehlender Masse nicht viel übrig außer guten Absichten verpackt in gute Sprüche.

Nicht dass aufgrund des schwindenden Mobilisierungspotenzials bald Deutschland brüllt: „nie, nie, nie wieder soziale

Bewegung“. Da gilt es, nach Außen die Stärke wenigstens zu simulieren. Oft ist die Parole nicht nur Stütze, sondern gar der letzte Anker um wenigstens nicht ganz und gar belächelt zu werden. Gerade wenn die Demogrüppchen nicht mehr die Straße erschüttern, sondern eher wie mobile Phrasendreschmaschinen daherkommen. Es gruselt sich halt niemand mehr vor „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“, So eine gute Demoparole ist aber auch schwer. Muss sie doch konsensfähig sein, provokativ und humorvoll zu gleich, so sind das gleich drei Sachen auf einmal. Soll der glotzende Bürger sich obendrein noch einreihen, erschöpft sich wohl die Kraft jeder Parole.

Die Guten lassen sich dann nur vermuten, muss Demonstanz resignativ zu Kenntnis nehmen. Politische Kritik ist eben kein Fußballjubiläum, der Erfolg einer direkten Aktion nicht nach 90 Minuten im Videotext nachzulesen. Der Slogan als Mittel zur Meinungsäußerung unterscheidet sich nur von der gebrüllten Parteinahme zu seinem Fussballverein, solange er Inhalte auch diskursiv entfaltet. Dies ist spätestens dann unmöglich, wenn von Seiten der Beamten - frei nach dem Motto „dumm brutal und national“ - das Verteilen von Flyern oder Info-

material verboten wird, wie es sich die Polizei für den 15.März in Leipzig ausdachte. Je mehr das Demoerlebnis – ob Ost, ob West – vordergründig in Blessuren und Haftstrafen statt Erfolg endet, desto mehr gerinnen Forderungen wie „no nation, no border – fight law and order“ zu puren Phrasen. So in die Ecke gedrängt muss mensch Slogans schon wie Gedichte vortragen, um ihnen wenigstens ein Stück Gehalt zuzuführen. Wem dann einfällt, dass sich Agitprop nur schwer in ein Goethedrama verpacken lässt, der sollte sich komplett vom Sinn verabschieden und einfach Agitpop machen. Dieser liebe dann Sloganeering zu, die auf Adressaten und Meinung von vornherein verzichten und einfach nur noch die Bewegung inszenieren: Freiheit für Grönland, nieder mit dem Packeis. Gebrüllt wird einfach was mensch will und die bierernste Parole kann getrost der Bild-Zeitung überlassen werden. Die erreicht den gemeine Bürger sowieso viel eher, als jede durchdachte Parole der anspruchsvollsten Antifa.



Polizei in Bewegung

Es regt sich was in Mittel(os)deutschland: Thüringens Innenminister Gasser (betreibt nebenbei eine Anwaltskanzlei mit dem hessischen Innenminister Bouffier) nahm seinen Hut, ohne dies näher zu begründen, wohl aber wegen der parteiübergreifenden Kritik an seinem Alleingang bei der Umset-

zung der Polizeireform *OPTOPOL*. Im Zuge dieser Reform soll die Zahl der Thüringer Polizeidirektionen von sieben auf vier sinken sowie 433 Stellen und 25 Millionen Euro eingespart werden.

Zeitgleich plant Sachsen-Anhalts Innenminister Hövelmann, der sich schon mehrfach hat vorwerfen lassen müssen, dass seine Beamten eine relativ laxe Linie bei der Verfolgung rechtsextremer Straftäter verfolgen, eine „Zentrale Beschwerdestelle Polizei“. BürgerInnen sollen ebenso wie PolizistInnen im Falle von Gewalt oder diskriminierenden Äußerungen durch Polizeibeamte eine ‚neutrale‘ Überprüfung erhalten können.

Anlass dafür war, neben einer Vielzahl an weiteren Pannen und skandalösen Enthüllungen, ein Polizeioberrat, der im Zusammenhang mit dem mysteriösen Tode Oury Jallohs sagte „Schwarze brennen eben mal länger“ und dafür nach fast zwei Jahren Verfahren einen Minimalverweis kassierte. Ob das neue Gremium, in welchem neben dem *Weissen Ring*, der *Mobilen Opferberatung* und dem *Landespräventionsrat* vor allem Mitarbeiter des Innenministeriums und Vertreter des Hauptpersonalrates der Polizei sitzen werden, Wirkung entfalten wird, ist äußerst zweifelhaft. Die anderen Bundesländer sind an der Schaffung einer vergleichbaren Einrichtung erst gar nicht interessiert, nur in Hamburg ist es zur Zeit eines unter vielen Themen der Koalitionsverhandlungen.





Die Campusmaut - Schrecken der Pisa-Generation

Wohin mit den Studiengebühren?

Aus die Maut?

Studiengebühren – das Unwort der studentischen

Gegenwartsgeschichte geht in eine neue Phase. Die tönernen Füße, auf denen das Modell der Campusmaut steht, bröckeln langsam und in Hamburg und Hessen sieht es ganz danach aus, als stünden die Gebühren vor dem Aus.

In Hamburg soll es ab dem Wintersemester 2008/09 keine Studiengebühren geben, das ließ die schwarz-grüne Regierung der Hansestadt während ihrer Koalitionsverhandlungen Anfang April verlauten, nachdem bereits an der Hochschule für Bildende Kunst in Hamburg (HfBK) rund die Hälfte der Studierenden offiziell exmatrikuliert wurde, nachdem sie sich weigerten, die Gebühren zu zahlen. Doch das Entgegenkommen der Hamburger Koalition ist mehr ein Kompromiss, als eine tatsächliche Abschaffung der Campusmaut, denn die Gebühren werden nicht während, sondern nach dem Studium bezahlt. Das heißt, die Absolventen müssen später ab einem Einkommen von 30 000 Euro pro Jahr für jedes studierte Semester, eine Gebühr, oder vielmehr eine Bildungssteuer von 375 Euro zahlen. Damit würden nicht nur die Gebühren sinken, sondern auch Bürokratie abgebaut werden, so die Koalitionspartner. Wie dieses Modell jedoch konkret aussehen soll, wurde noch nicht erläutert. Fragwürdig an dem Kompromiss ist zunächst einmal, weshalb ausschließlich AkademikerInnen von diesen Rückzahlungen betroffen sein sollen. Handwerksmeister mit demselben Einkommen müssen schließlich auch nicht Teile ihres Einkommens an die staatliche Ausbildungsunterstützung zurückzahlen.

Auch in Hessen bilden seit den letzten Landtagswahlen die Gebührengegner bei SPD, Grünen und Linkspartei die Mehrheit im Parlament. Erst unlängst fassten sie dort einen überraschenden Beschluss: sie wollen ihr Wahlversprechen einlösen und die Campusmaut abschaffen. Das

verärgert vor allem den aus dem Amt scheidenden, aber noch geschäftsführenden hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, der in der Abschaffung der Campusmaut einen Schaden für Studierende und Universitäten prophezeit. Mit dieser Auffassung steht er in Hessen ziemlich alleine da. Dem hessischen Staatsgerichtshof liegen zwei Klagen gegen die Campusmaut vor. Die eine Klage hatten SPD und Grüne eingereicht, die zweite stammt von insgesamt 71.510 hessischen BürgerInnen. Die KlägerInnen verweisen auf die hessische Verfassung, die eine Erhebung von Gebühren an staatlichen Hochschulen untersagt.

Die Situation in Sachsen

In Sachsen wird es ein gebührenfreies Erststudium zwar bis zur nächsten Landtagswahl im Jahr 2009 noch geben, für ein Zweitstudium fallen aber bereits, im Sinne des angloamerikanischen Bildungsmodells, Zahlungen zwischen 300 Euro bis 450 Euro pro Semester an. Während auch für Prüfungen in diesem Rahmen Gebühren erhoben werden, ist das Nutzen der Bibliothek und des Rechenzentrums bislang noch kostenlos möglich. Die Frage ist nur wie lange noch, wobei die Antwort vor allen Dingen von einer Sache abhängt: der Partizipation und dem Engagement der Studierenden. Hier gilt es, seinen Unmut gegenüber einem fragwürdigen Regierungskurs zu äußern, der in erster Linie durch den sächsischen Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) vertreten wird und einzugreifen, bevor mensch davon betroffen ist.

Milbradt ist für Studiengebühren und brachte unter anderem rückzahlbare Darlehen ins Gespräch. Seiner Ansicht nach verschärfen Studiengebühren die soziale Selektion nicht, da, mensch lese jetzt sehr aufmerksam: Entscheidungen über spätere Bildungschancen bereits im Vorschulalter fallen würden und nicht erst an der Hochschule. Das ist harter Tobak, doch ist dieser Einwand tatsächlich berechtigt oder fallen heutzutage Entscheidungen, die die Bildungschancen betreffen zumindest

teilweise nicht bereits bei der Geburt? Mit Sicherheit kann mensch jedenfalls davon ausgehen, dass Entscheidungen über Bildungschancen in Länderparlamenten fallen, die, wie im Fall von Sachsen von Teilen dieser Länderparlamente bewusst blockiert werden.

Während sich die CDU hartnäckig gegen soziale Gerechtigkeit an Hochschulen ausspricht, ist die sächsische SPD weiterhin auf Anti-Gebühren-Kurs. Momentan können sich die Sozialdemokraten damit noch behaupten, nicht zuletzt gibt es in Ostdeutschland gute Argumente, in Form von Wettbewerbsvorteilen, Abiturienten aus dem Westen auch in den nächsten Jahren mit offenen Armen aufzunehmen, anstatt sie abzuschrecken. Das größte Abschreckungspotenzial besteht dabei vor allem für die StudentInnen, die auf Studienkredite oder Bafög angewiesen sind. Robert Benjamin Biskop, Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS), wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass schon jetzt 40% der Hochschul-Bafög-EmpfängerInnen seien. Studiengebühren stellten für sie eine erhebliche Zusatzbelastung dar.

Wie sehen es denn die Studierenden selbst? Die Forscher um das Hannoveraner Hochschulinformationssystem (HIS) haben die Nutzung von Studienkrediten untersucht und sind zu einem recht widersprüchlichen Ergebnis gekommen: Über die Hälfte der Studierenden ist demnach der Meinung, dass sie selbst dafür verantwortlich sind, sich an der Finanzierung des Studiums zu beteiligen und auch später dafür Geld zu bezahlen. Gleichzeitig finden fast zwei Drittel, dass Bildung eine öffentliche Aufgabe ist und Papa Staat sie vor finanziellen Einbußen zu bewahren habe. Hm naja, Bildung macht auch nicht immer schlauer.

Privilegierte Bildungshaie?

Acht von zehn Studierenden kommen aus der Schicht der Schönen und Reichen, zwei von zehn sind Arbeiterkinder. Eine aussterbende Spezies? Es ist zumindest zu erwarten, dass sich diese Zahl in den

nächsten Jahren verringern wird. Denn, wer nicht genug Geld in der Tasche hat, kann sich tendenziell eine höhere Bildung schenken, oder aber sollte in Kürze das Grundeinkommen nicht eingeführt werden: malochen gehen, um zu studieren. Eine unmittelbare Existenzsicherung würde über kurz oder lang die Studienverlaufsplanung der Studierenden ersetzen. Damit würde sich das Studium nicht verkürzen, sondern eher verlängern, denn die modularisierten Studiengänge setzen den Besuch bestimmter Veranstaltungen voraus. Wer keine Zeit hat, hat Pech gehabt und muss im nächsten oder übernächsten Semester wiederkommen. Das vorhersehbare Ergebnis: Studienabbruch.

Aber es gibt auch eine positive Prognose: Die Zeit zum Arbeiten wird fehlen. Denn wer heute einen Bachelor-Abschluss anstrebt, kann ein Lied davon singen, wie viele Job-Möglichkeiten sich in dem durchgestylten Stundenplan überhaupt noch offenbaren. Der Leistungsdruck, der sich durch Anwesenheitslisten aufbaut und bis zu dem Ziel führt, zum besten Drittel der Fachschaft zu gehören, um einen aufbauenden Master-Studiengang überhaupt in Erwägung zu ziehen, ist für viele nicht mehr zu schultern.

Das zeigt beispielsweise eine aktuelle Studie der FU Berlin. Die Einführung des Bachelorstudiengangs, durch den Studienabbrüche und Langzeitstudierende eigentlich der Vergangenheit angehören sollten, kommt zu einem ernüchternden Ergebnis: „Studierende geben in einem größeren Umfang als bisher ihr Studium auf“, heißt es da. Zudem habe sich die Zahl der BewerberInnen für ein hö-

heres Fachsemester verringert. Als Gründe werden Desinteresse und das Unvermögen genannt, entsprechende Leistungsnachweise zu erbringen.

Vielleicht aber sind manche auch nur mit der Gesamtsituation überfordert. Das könnte sowohl auf das universitäre Personal, dass sich mit den neuen Reformen und dem erhöhten Verwaltungsaufwand auseinander setzen muss, als auch auf die Studierendenschaft zutreffen, die sich den Leistungsvorgaben nicht mehr gewachsen fühlt. Kein Wunder: die Studierenden sollen mehr leisten ohne mehr dafür zu bekommen, ein klares Verlustgeschäft für die Studis.

Von einer Verkürzung der Langzeitstudierendauer kann laut Untersuchung ebenfalls keine Rede sein: Nur von 30% der Studierenden wird demnach ein Abschluss innerhalb der vorgegeben Regelstudienzeit erwartet. In Baden-Württemberg, dem Vorreiter der Studiengebühren, könnte das die Bildungshungrigen teuer zu stehen kommen, denn pro Halbjahr werden hier bereits 510 Euro verlangt. Aber denken wir konstruktiv und schauen wir nicht nur voller Argwohn in die Zukunft: Der demographische Wandel ist unaufhaltsam. Wenn im Jahr 2050 jeder zweite über 50 und jeder dritte über 70 ist, könnten die Langzeitstudierenden zu den Auserwählten gehören, die dann die reifen Früchte einer herbstlichen Republik ernten können, indem sie keine überfüllten Seminare mehr erleben müssen, eine Eins-zu-Eins Betreuung bekommen, die Bibliotheken als Ruhe-Oasen besucht werden und die Absolventen nach dem Abschluss aufgrund ihres reichen Erfahrungsschatzes gleich übernommen werden. Wozu also Eliteunis schaffen? Der demografische Wandel schafft sie von selbst.

Die Mär vom besseren Studium

BefürworterInnen von Studiengebühren halten die Studis grundsätzlich für finanziell belastbarer, da sie einer privilegierten Elite angehören und tatsächlich ist es nicht von der Hand zu weisen, dass lediglich 37% eines Jahrgangs ein Studium beginnen. Doch der Begriff der Elite kann hier eigentlich nur relativ und nicht absolut gesehen werden, denn von großen

Reichtümern sind die meisten Studierenden weit entfernt. Wie die neueste Erhebung des deutschen Studentenwerks zeigt, haben Studenten im Durchschnitt über 770 Euro monatlich zur Verfügung. Ein Drittel allerdings hat weniger als 640 Euro zum Leben.

Die soziale Lage der Studierenden ist den Maut-Verfechtern nicht unbekannt. Sie argumentieren dann in der Regel damit, dass AkademikerInnen im Anschluss an ihr Studium mit fühlbar höheren Gehältern rechnen können. Entsprechende Rendite-Tabellen einzelner Studiengänge sind bereits im Umlauf. Danach sollte mensch keinesfalls Sozialarbeit studieren, denn hier seien die Gehälter so niedrig, dass die Studienkosten ein Leben lang nicht wieder erwirtschaftet werden können. Ebenfalls wenig ertragreich seien Kunst, Agrar- und Geisteswissenschaften. Nur Jura, BWL und Medizin seien demnach, wer hätte es vermutet, lukrativ. Studis werden so angehalten, ihre unternehmerischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und ihre Bildung als rentable Investition zu betrachten, indem sie Studienkredite aufnehmen. Würde diese Logik konsequent weiter gedacht werden, würde sie zwangsläufig dazu führen, die Maut zu staffeln und so StudentInnen der Wirtschaft mehr zahlen zu lassen als KunststudentInnen - als eine Art vorgezogene Vermögenssteuer. Doch schließlich gibt es auch arbeitslose Betriebswirtschaftler und im Grunde genommen macht es vor allem dann Sinn AkademikerInnen an den Studienkosten zu beteiligen, sobald sie durch ihr Studium gegenwärtig materiell profitieren. Dafür gibt es bereits ein einfaches Regelwerk: die Einkommenssteuer, die für die Bevorteilten um 1-3 % heraufgesetzt werden könnte. In diesem Sinn kann der Schritt, den die Hamburger gegangen sind, zumindest als ein Schritt in die richtige Richtung gesehen werden.

Studiengebühren, so ein weiteres gängiges Argument, das von seinen BefürworterInnen eingesetzt wird, führen zu nachhaltigen Qualitätsverbesserungen. Dass es sich bei diesen Verbesserungen leider um keine handelt, die die Studierenden selbst betreffen, wie etwa ein verstärktes Mitspracherecht der Studis, zeigt sich an der aktuellen Hochschulreform.



Das Mitspracherecht der Studis wird auf ein Minimum zusammengeschrumpft und Professoren, Politiker und Vertreter aus der Wirtschaft, die in Zukunft verstärkt in den obersten und entscheidenden Gremien der Hochschulen das Zeppter schwingen werden, entscheiden, welche internen Haushaltslöcher mit den Gebühren gestopft werden. Denn durch die Gebühren werden die Studis nicht, wie mensch zunächst etwa annehmen könnte Anteilseigner, sondern vielmehr Bildungssteuerzahler, die das System sanieren sollen.

Dass sich angebliche Qualitätsverbesserungen vermutlich auch nicht in einer verbesserten Lehre niederschlagen werden, belegt ein interner Verwendungsbericht, den jüngst die Kölner Uni erstellt hat. Dort wurden in diesem Jahr lediglich 25% der Studiengebühren (500 Euro pro Semester) gezielt zur Verbesserung der Lehre verwendet. Im Jahr 2006 wurden so 17 Mio. Euro in die Kassen der Hochschule gespült. Allein drei Millionen Euro flossen in den obligatorischen Ausfallversicherungsfonds, der die Studenten-Darlehen absichert. Von dem verbliebenen Geld ging eine Million Euro für die Verwaltung der Beiträge drauf. Bleiben summa summarum 4,1 Mio. Euro, die laut Bericht für zusätzliches Personal oder Material ausgegeben wurden und damit also den Studierenden zugute kommen. Der Rest sind Rückstellungen oder Überträge ins nächste Jahr. Und Studiengebühren finanzieren auch den Kampf gegen sie: Die Uni legt einen Teil des Geldes aus dem Studiengebühren-Topf für die erwarteten gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Studierenden wegen der Beiträge zurück.

Hier könnte mensch sich dazu veranlasst sehen, von einer „Zweckentfremdung“ der Gebühren zu sprechen. Erhärtet wird diese Annahme durch den geplanten Verbleib der Gebühren an anderen Hochschulen. Malte Dürr beispielsweise, seines Zeichens stellvertretender AStA-Vorsitzender an der Uni Bochum, erzählt von Plänen der Uni für ein 250.000 Euro teures elektronisches Leitsystem. Auf Monitoren könnten die Studierenden jederzeit erkennen, wo welche Vorlesung stattfindet. Wenn das mal keine qualitative Errungenschaft ist! Für

manch einen äußert sich ja Qualität durchaus nicht im Inhalt, sondern in der Form.

Eine andere Problematik, die die angepriesene qualitative Verbesserung an Hochschulen mit sich bringen kann, kennt die AStA-Vorsitzende der Uni Bielefeld Mira Schneider: „Vor allem die geisteswissenschaftlichen Fakultäten wissen oft mit den Gebühren nichts anzufangen“. Als Mitglied der Studienbeitragskommission ist ihr bekannt, dass sich die Fakultäten Geschichte, Philosophie und Theologie schwer getan haben, Verwendung für das Geld zu finden. Am Ende werde zwar Tutorium über Tutorium angeboten, eine echte Verbesserung der Lehre gebe es aber nicht.

Anhand der wenigen bereits veröffentlichten Studien zur Campusmaut wird deutlich, wie relevant es ist die Berechtigung von Studiengebühren und deren Auswirkungen auf Lehre, Forschung und Studierverhalten zu überprüfen und zu hinterfragen. Bildung ist ein Menschenrecht, wie der Schutz vor Folter oder Meinungsfreiheit und darf keine Handelsware sein. Durch eine Campusmaut werden potentielle AkademikerInnen, vor allem aus den unteren Schichten, von einem Studium ausgeschlossen. Bereits die Einführung von Langzeitstudiengebühren hat gezeigt, dass Gebühren dazu führen, dass das soziale Ungleichgewicht und die Selektion an den Hochschulen eher zu-, als abnehmen. Bildung ist ein Gut, dass mit gesamtgesellschaftlichen Interessen verbundenen ist und den marktwirtschaftlichen nicht weichen darf. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss dementsprechend für alle zugänglich sein. So weit so unzureichend. Apropos für alle zugänglich: Bei der ganzen Gebühren-Kakophonie sollte aber eine Sache nicht außer Acht gelassen werden, nämlich, dass es in unserem Land auch Menschen gibt, die praktisch kein formelles Recht auf Bildung haben. Einige Bundesländer beispielsweise hindern Flüchtlinge von den Menschen ohne irgendeinen Aufenthaltsstatus ganz zu schweigen daran, Schulen zu besuchen. Insgesamt benachteiligt sind Kinder von Zuwanderern, die nur in wenigen Fällen das Abitur schaffen und dafür in Haupt- und Sonderschulen überproportional ver-



treten sind. Die Soziologin Heike Diefenbach spricht in diesem Kontext gar schon von „ethnischer Segmentierung“ an Schulen in Deutschland. Doch es sind nicht nur Zuwander-Kinder, die in Sonderschulen ihr Dasein fristen. Insgesamt sind knapp eine halbe Million so genannter Lernbehinderter auf Förderschulen untergebracht, die ihrem Namen leider nicht immer gerecht werden. Manche Forscher nennen sie deshalb auch Orte der „kognitiven Friedhofsruhe“.

Protestiert wird, wenn mensch sich existentiell bedroht fühlt, wenn es an seine eigenen Reserven, sein ethisches und finanzielles Vermögen geht und selbst dann nicht immer. Generation Pisa findet sich gerne auch mit den gegebenen Zuständen eines internationalen Mittelmaßes ab. Bildung wird als Gottesgeschenk oder zumindest als eine obligatorische Bereitstellung von Seiten des Staates wahrgenommen. Bildung ist aber nicht zuletzt auch ein Instrument, das sobald es einmal erworben wurde, dazu eingesetzt werden kann, den eigenen Verstand auch auf praktischer Ebene einzusetzen: Alternativen finden, Ideen spinnen, das Bildungssystem hinterfragen, sich seiner eigenen Verantwortung bewusst werden, denn sich auf den Staat zu verlassen, war noch nie der sicherste Weg. Wer will, muss anfangen zu handeln. Was die Campusmaut betrifft, scheint dafür gerade jetzt ein optimaler Zeitpunkt zu sein.

clara fall

ERSTER MAI - Ein Tag zum Feiern oder Kämpfen?

Wenn die Rede davon ist, einen Feiertag zur Finanzierung von Steuerlöchern abzuschaffen, geht immer ein großer Aufschrei durchs Land. Und das zu Recht, denn wer läßt sich schon gern ein Privileg wegnehmen. Und trotz dieser Empörung muss es nach Ansicht der „Finanzexperten“ von Bund und Ländern doch manchmal sein. Dann geht das große Rätselraten los: „Welcher Feiertag entspricht am wenigsten unserer Kultur und ist ohne Identitätsverlust am verschmerzbarsten?“ Bis jetzt waren es immer die kirchlichen Feiertage. Betrachtet, welche Feiertage es gibt, sind es bis auf den National-Feiertag am 3.10. und eben dem „Internationalen Tag der Arbeit“, nur solche. Dass die Kirchenoberhäupter das Abschmelzen der heiligen Tage nicht begrüßen, ist nachvollziehbar, aber sie haben die Streichungen hingenommen, denn ihr Einfluß ist begrenzt. An die Streichung des 1.Mai hingegen hat sich noch keine deutsche Regierung gewagt, geschweige denn überhaupt nur diesen Gedanken geäußert. Ob dies nun ein Indiz ist für die Stellung dieses symbolischen Tages in der Landeskultur oder für den Einfluß, den die Gewerkschaften und ihre Mitglieder in diesem Land haben, sei dahingestellt.

Fakt ist, die Arbeiter und Arbeiterinnen auf der ganzen Welt haben es in den letzten 100 Jahren geschafft, einen „Weltfeiertag“ zu installieren, der unabhängig von politischen

Entwicklungen die Zeit überdauert hat. Hat der Ostblock diesen Tag vordergründig missbraucht, um mittels Panzer und Raketenparaden auf den „Roten Plätzen“ dieser Blockwelt militärische Stärke zu demonstrieren, hat die andere Seite diesen Tag genutzt, um ihren Forderungen nach arbeitsfreien Samstagen (1956), Atomwaffenfreiheit (1962) oder Vollbeschäftigung (1976) Ausdruck zu verleihen.

Der 1. Mai als letztes Überbleibsel aus Zeiten der großen Streikbewegungen zu Mitte der Industrialisierung erinnert noch heute an den Geist dieser Bewegung und muss deshalb gebührend gefeiert werden. Das ist doch auch der eigentliche Sinn eines „Feiertages“ – zu feiern. Jeder Näher, Sekretär und Projektmanager hängt noch einen Brückentag an und freut sich über ein langes Wochenende, an dem sie frei vom „Ich-muss“ sind, der ihnen jeden Tag körperlich oder geistige Höchstleistungen abverlangt und ihnen die Zeit gibt, sich Gedanken über ihre Situation in dieser Arbeitswelt machen zu können. Und sollte es nicht zu Einsichten kommen, ist es wenigstens gewonne Freizeit für Freunde und Familie, die allen dieser Tag beschert.

Während dessen formieren sich abseits von Tarifverträgen und Arbeitsplatzgarantien andere Interessengruppen rund um den 1. Mai, die sich nicht im wohlbehüteten Gebilde von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften befinden. McJobber, Dauerpraktikanten, Migranten und Ich-Agler, Menschen die um ihre Existenz bangen, das sogenannte Präkariat. Gemeint sind die zunehmend unsicheren Arbeits- und Lebensbedingungen, denen der Mensch im Zeitalter des flexiblen Kapitalismus ausgesetzt ist. Ob mit Wischmopp oder Laptop, Mini-Jobber oder Praktikant, im Call-Center oder hinterm

Tresen: Gemeinsam ist den Prekarisierten die permanente Ungewissheit, wie es morgen weitergehen soll. Sie greifen den Gedanken 1. Mai wieder bei seiner ursprünglichen Bedeutung auf, um in einer staatsgrenzenübergreifenden Protestbewegung den weltweiten Wachstumsbestrebungen des Kapitals entgegen zu treten.

Können die Ereignisse von Seattle und Genua als Beginn dieser Bewegung gesehen werden, manifestiert sich nun langsam die Einsicht in den Köpfen der Menschen, dass der trügerische Schein der sozialen Sicherheit eben nur Schein ist. Die in der Natur des Kapitalismus liegenden Interessenkonflikte zwischen den „Klassen“ führen weiterhin zu einer Verschärfung der Lebenssituationen der arbeitenden Menschen. Daran soll dieser Tag im Mai erinnern. Aus den Ereignissen seiner Geschichte ist der 1. Mai DAS vereinernde Moment. Er wird damit zu einem Gedenktag, ohne den die Mach- und Durchsetzbarkeit von großen gesellschaftlichen Umwälzungen in der alltäglichen Realität der Menschen noch weiter aus ihren Blickwinkeln geräte.

etap



Nicht religiös motivierter Feiertag

Weltweiter Aktionstag

Alle politischen Systeme überstanden

Historischer Gedenktag der ArbeiterInnenbewegung

Ich bin DAFÜR, weil ...

Ist mir EGAL, weil ...

...

Am 01.05.1890 verweigerten erstmalig Belegschaften und gewerkschaftliche Gruppen verschiedener Länder gleichzeitig die Arbeit und forderten den 8h-Arbeitstag, das Ende des para/staatlichen Terrors gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung und Schluß mit der globalen kapitalistischen Ausbeutung. Heute, fast 120 Jahre später, kann weder von verkürzten Arbeitszeiten noch vom Ende des Raubbaus an Natur und Körpern die Rede sein. Ist also der 01.Mai 2xxx ein Tag zum Feiern, um Kräfte zu sammeln für den alltäglichen Kampf gegen die Mühlen, eine Zeit der Besinnung auf vergangene Siege? Oder ein Kampftag, den mensch dazu nutzen sollte, die Streiks und Arbeitsverweigerungen der nächsten Tage zu planen, und den Ausbau gegenseitiger solidarischer Assoziationen voranzutreiben? Brauchen wir den Ersten Mai noch? Und ist er überhaupt noch anschußfähig für eine gegenwärtige soziale Bewegung? Einige Argumente und Schlüsse tragen die Diskutanten hier vor. Die Rolle des Weiterdenkens fällt dagegen Euch zu.

Eigentlich ist der 1. Mai eine ziemlich vorhersehbare Angelegenheit: Da gibt es zum Einen die üblichen DGB-Demos mit anschließenden Redebeiträgen und Bratwürsten. Für eher sportlich Interessierte stehen noch die traditionellen „Maifestspielen“ in Berlin-Kreuzberg zur Auswahl. Da geht es etwas dynamischer zur Sache, beim Räuber-und-Gendarm-Spielen mit der Polizei.

Trotz aller oberflächlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Arten, den Tag zu nutzen, haben diese in ihren Ursprüngen mehr gemeinsam als man denkt. Als es noch eine Arbeiterbewegung gab, die diesen Namen auch verdiente, wurde eben nicht gewartet, bis einem von staatlicher

Seite mal ein Feiertag genehmigt wurde. Nein, am 1. Mai wurde einfach gestreikt, und das weltweit. Solch praktische Kritik der Arbeitswelt ergänzt sich gut mit der praktischen Kritik der Warenform, wie man sie am 1. Mai 1987 beobachten konnte. Da plünderten Kreuzberger Punks und Bürger gemeinsam einen Supermarkt (und lieferten sich hinterher Straßenschlachten mit der Polizei).

Mit dieser ruhmreichen Vergangenheit hat der 1. Mai heute (leider) nicht mehr allzu viel zu tun. Alle Reminiszenzen an diese dienen nur dazu, die öde Gegenwart etwas besser dastehen zu lassen. Der 1. Mai ist zur Revolutionsfolklore geworden, kein Ausdruck des Willens zur Veränderung mehr, sondern nur noch Routine, und so ein Ausdruck des grundlegenden Mangels an wirklichen Wahlmöglichkeiten. Indem dieser Tag offiziell zum Feiertag erklärt wurde (zum dauerhaften Feiertag wurde der 1. Mai in Deutschland bezeichnenderweise erst von den Nationalsozialisten gemacht), wurde der einstige Arbeiterkampftag seiner Substanz beraubt. Hinter solcher Symbolpolitik steht die Behauptung, die Forderungen, die sich früher mit diesem Datum verbunden, seien im wesentlichen eingelöst.

Die ritualisierten Gewerkschaftsdemos passen da nur zu gut ins Bild. An denen beteiligt sich das DGB-Fußvolk, wie es das auch bei

Streiks tut, pflichtschuldig und gewissenhaft - halt so, wie mensch sonst auch zur Arbeit geht. Und die Riots in Kreuzberg kann man mit etwas gutem Willen vielleicht noch als Protest gegen einen durchreglementierten Alltag begreifen. Nur ist dieser Protest begriffslos und individualisiert, der Gehalt der ganzen Veranstaltung erschöpft sich hauptsächlich auf den Adrenalinkick oder hautnahe Erfahrungen in Sachen Polizeigewalt.

Natürlich, zum Protest taugt der 1. Mai so gut wie jeder andere Tag. Aber hat es die Menschheit jemals irgendwie weitergebracht, wenn alle nur das tun, was von ihnen erwartet wird? Vielleicht sollte man den Feiertag also lieber nutzen, um sich mal ordentlich auszuschlafen - dafür den 2. Mai zum internationalen Arbeiterkampftag erklären und gut ausgeruht streiken, bis auch der ein Feiertag ist. Und dann weitermachen, bis dieser unschöne Einheitsbrei von Ausbeutung und staatlicher Herrschaft 365 Tage im Jahr Schnee von gestern ist!

Justus



- # Der 1. Mai ist nur noch Folklore
- # Die Proteste sind dadurch wirkungslos
- # Der Feiertag dient der Legitimation von Herrschaft
- # Als staatlicher Feiertag bedient er den Nationalismus

CONTRA

Ich bin DAGEGEN, weil ...

...

Über die Bedeutung des Streiks und das Elend gewerkschaftlicher Organisierung*

Die Zeit der Zurückhaltung ist vorbei! So proklamieren derzeit die Funktionäre der deutschen Gewerkschaften an allen Ecken des Landes. Man will doch ernsthaft an dem deutschen Apfelbäumchen namens Volkswirtschaft rütteln, damit mal wieder ein kleiner Goldregen die Basis darüber belehrt, warum die Mitgliedsbeiträge sich eigentlich noch lohnen. Und wahrlich, der Konkurrenz-Kampf um die Mitglieder ist in den letzten Jahren auch schlecht gelaufen! Man hatte sich soweit vom Wahrnehmen der aufgetragenen Interessen „zurückgehalten“ und die Zeit mit dem Erfinden von Werbe-geschenken zur Mitgliederbelohnung vergeudet, dass Basis und gewerkschaftliche Bewegung mit den Gletschern Grönlands um die Wette schmolzen. Statt die landläufige Politikverdrossenheit positiv zu nutzen und Vielfalt und Stärke zu demonstrieren, versuchte man die internen Impulse kleinzuhalten, deckelte lokale Initiativen, bootete kleinere Gewerkschaften aus und paktierte mit dem politischen Gegner. Passend zum deutschen Kleingeist erfand man dem „passiven Widerstand“ dabei eine völlig neue Bedeutung, den ‚symbolischen Streik ohne ökonomische Wirkung‘. Eine mediale Groteske, die nicht wenige mit Austritt quittierten und viele davon abschreckte, ein gewerkschaftliches Engagement überhaupt zu erwägen.

Kein Wunder, dass es da gerade die rück-schrittlichsten Kleingewerkschaften wie *Cockpit*, *Marburger Bund* oder die *Gewerkschaft deutscher Lokführer (GDL)* waren, die aus diesem nationalen Kuschkurs ausscherten, um ihre Partikular-Interessen mit eigenen Fäusten durchzusetzen. Die relativ gute Streikorganisation und Kampfbereitschaft hat die Funktionäre aufgeschreckt. Die Angst geht um, noch mehr Mitglieder könnten sich von den zentralen Verbänden abwenden. Und so kommt es zu so abstrusen Folgen wie zum Beispiel bei der Bahn, wo nun die Organisationsfreiheit der Belegschaften im Rahmen von Tarifverträgen (!!!) eingeschränkt wird. Die *GDL* hat das selbständige Verhandlungsmandat nämlich nur um den Preis der Isolierung von der Basis erhalten. Und *Transnet plus* die *Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter (GDBA)* haben quasi per Tarifverhandlung ihre Verbandsinteressen durchgesetzt. Selbst wenn die Mitglieder wechseln wollten, sie könnten's nicht mehr.

JOIN



THE UNION !?!

Oh welch blendnerischer Schleier des Nichtwissens zieht da durch die Köpfe der Genossenbosse! Welch Hohn der Geschichte und allem, was sie in sich als Solidarität jemals begriff! Diese Senke des Bewusstseins nennt sich Solidarpakt und der Wald, der sie umgibt, das ist das dichte Dickicht der Selbsterhaltungsinteressen der Verwaltung. Solidarisch Handeln heißt ja auch immer die Bereitschaft, eigene Interessen hintan zu stellen, beizuspringen und zu helfen, offen sein. Doch stattdessen: Wird für die eigenen Interessen nur taktiert, sind die Mitglieder nichts als Zahlen in Bilanzen, die man sich dann beim Sektchen eitel unter die Nasen reibt. „Organizing“ heißt das neue Zauberwort. Völlig neuartige, dezentral und konkret ansetzende Werbestrategien, um Mitglieder mit Konzepten aus der Kundenwerbung zur Unterschrift zu locken. Natürlich alles ganz heiß aus Amerika! Die Gewerkschaft als moderner Dienstleister, flexibel, innovativ und natürlich völlig kostenlos ... für Mitglieder. Es biegen sich die Balken und die vielen Toten der Geschichte stöhnen unter dieser dreisten Possenreiterei! Es gab mal Zeiten, da war die Organisation in der Gewerkschaft eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit, und als Kampforgane der sozialistisch-kommunistischen Bewegung waren diese deren progressivster Teil. Die Mitgliedschaft war selbstverständlich und bedurfte keiner spieltheoretischen Kalküle rationaler Wahl, keiner Kosten-Nutzen-Akrobatik, um Entscheidungen für oder gegen eine Mitgliedschaft aufs Niveau gewöhnlichen Kaufverhaltens zu reduzieren, und dann prognostizieren zu können, dass schwarze Werbekugelschreiber dreimal häufiger zu einer

Mitgliedsunterschrift führen als die üblichen roten.

Nur für Mitglieder!?

Die Gewerkschaft als privatwirtschaftlich „organizster“ Dienstleistungsbetrieb!? Ohne Umschweife läßt sich sagen, dass die Gewerkschaften als Rechtdienstleistungs-Unternehmen insbesondere in Sachen deutschem Arbeitsrecht einen Marktvorsprung hätten. Allerdings ist fraglich, ob eine solche kapitalistische Unternehmung sich aus Mitgliedsgeldern sinnvoll finanzieren läßt und es überhaupt nicht effizienter wäre, bei der nächsten Verwaltungsreform die organisierte Basis einfach abzuschütteln, wie die Mutter das lästige Kind. Die für einen Rechtdienstleister prekäre Lage von sinkenden Mitgliedszahlen und damit verkoppelt, sinkenden Einnahmen, wäre ohne umfangreiche und kostenintensive „Organizing“-Kampagnen mit einem Schlage aufgehoben. Und die Herren Funktionäre hätten es endlich geschafft, das gewerkschaftliche Konzept von den Beinen derart auf den Kopf zu stellen, dass Solidarität sich zur Konkurrenz verkehrt, dass die Offenheit zur Abschottung gerät, und die eminent wichtige länderübergreifende Ausrichtung endgültig zum Nationalismus degradiert wird. Anstelle eines basisnah orientierten Kampforgans für die sozialen Interessen Aller wäre die Gewerkschaft nicht mehr als ein kapitalistischer Normalbetrieb, bezweckt durch die Partikular-Interessen seiner Unternehmer, anstatt auf revolutionären Gestaltungswillen mit humanistischem Anspruch & Gehalt aus-, würde sie auf reine Marktanpassung abgerichtet. Es überreizt das Bild noch nicht, wenn man der zukünftigen Firma „Gewerkschaft“ einen zweiten Sektor vorstellt, in dem sie marktbeherrschend werden könnte, nämlich im Bereich der Polit-Dienstleistung, als Instrument des Konkurrenzkampfes zwischen den Konzernen. Und einige haben diesen rentablen Weg ja auch längst eingeschlagen. Die langjährige Kampferfahrung und das Netzwerk von Informanten in vielen Betrieben - ach was könnte man da an Dividende für die Mitglieder ausschütten?! Am Ende würde man die alljährlichen Lohnanpassungen ans Preisniveau gar selbst bezahlen können ... nur für Mitglieder, versteht sich. Streiks wären völlig überflüssig und dazu noch kostenneutral. Für die Zukunft der gewerkschaftlichen

Zentralverbände werden also goldene Zeiten kommen, solange sie nur auf das beruhigende Wispern ihrer Markt- und Finanzberater hören. Doch was geschieht mit den Interessen, die die Gewerkschaft von einst repräsentierte? Was hat die Arbeitnehmerschaft innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften noch zu erwarten? Die Tarifrunden des Jahres 2008 werden ohne Zweifel und trotz aller Rhetorik Nullnummern sein. Was man auf dem Papier als Lohnerhöhungen verkaufen wird, sind nur die dringend notwendigen Anpassungen auf der Nachfrageseite des Binnenmarktes. Wenn nicht so, dann wären diese anders, über Steuererleichterungen etwa, gekommen. Bitter dabei ist, dass diese national-ökonomische Maßnahme faktisch immer nur eines nach sich zieht: Steigende Preise. Es erfolgt also gar keine klassische Umverteilung von oben nach unten, von wenigen dicken Firmenkonten zu vielen prallen Geldbeutelchen. Im Gegenteil, die akkumulierten Kapitalien der Unternehmen bleiben völlig unangetastet. Vielmehr finanziert das Heer der Konsumenten die „Konsumfähigkeit“ der jeweiligen lohnabhängigen Gruppe, indem die notwendigen Kosten über den Preis auf eine anonyme Gruppe möglicher KäuferInnen umgelegt werden, die ihr Beutelchen dann enger schnallen müssen. Deswegen haben die Unternehmer und Arbeitgeberverbände ja auch ein Interesse an möglichst geringen Löhnen, damit sie den Preis im Kampf gegen andere Konkurrenten als Waffe noch einsetzen können. Wären die Lohnumlagen zu hoch, müßten die Bosse nämlich wirklich ran ans dicke Konto und das würde kurzfristig die für frisches Geld unersetzliche, finanzielle Performance beeinträchtigen und langfristig, oh heiliger Mammon, sogar an der Rendite kratzen.

Zwischen Standort-Logik und Nationalismus

Während also die Funktionäre die Basis mit den Zahlen der Lohnforderungen einlullen und ihre mageren 6- bis 10-Prozent-Abschlüsse feiern, wird das Jahr 2008 auf der realen sozialen Ebene für viele Lohnabhängige weitere spürbare Verschlechterungen mit sich bringen. Steigende Mobilitäts- und Grundversorgungskosten und insbesondere verlängerte Arbeitszeiten, die bei den diesjährigen Tarifrunden ganz selbstverständlich und fraglos fast überall mit unterschrieben werden. Das ist offenbar der Preis, den die Unternehmer für das Erstumpfen ihrer

Preiswaffe fordern. Von Widerstand dagegen kaum Spuren. Dabei dürfte doch jedem und jeder einleuchten, dass die größte Frucht der Industrialisierung und modernen rationalen Planung der Arbeit die Freisetzung von der Arbeit, und nicht die Versklavung unter selbige, ist. Doch nichts hört man mehr von der 35-Stundenwoche, mehr Urlaub, Lohnfortzahlung, verkürzter Lebensarbeitszeit etc pp.

Klar, der Unternehmer hat nur seine Verwaltungsinteressen und sein internes Leistungsniveau im Auge, aber gerade gegen diese Engstirnigkeit, als „Bewußtseinsstütze“ sozusagen, waren Gewerkschaften einmal gedacht, um genau diesem Schießschartenblick aus staatlichen und privatwirtschaftlichen Interessen eine soziale und offene Perspektive entgegen zu stellen. Die Verkürzung der (Lebens)Arbeitszeit, die Freisetzung der Menschen von routinierten Prozessen unter fremdbestimmten Interessen, die Schonung der Körper und Geister, das Ende der Erniedrigung durch Arbeit; nachhaltiges Produzieren und der Aufbau wirksamer und stabiler sozialer Institutionen schließlich - das sind aktuelle Übersetzungen dessen, wofür die Gewerkschaften einst angetreten sind. Und genau wegen einer solchen sozial offenen Politik harte man damals auch kein Mitgliederproblem. Es ist gerade die Reduzierung des gewerkschaftlichen Engagements auf betriebsinterne bzw. branchenspezifische Politik, das Fernbleiben allgemeiner politischer Perspektiven und außerbetrieblicher Aktionen, der reformistische Kurs und das Sozialpartnerschafts-Geschwafel, was starke Gewerkschaften hierzulande verhindert.

Und dass wir hier alle in dem gleichen morschen Kahn namens *Deutschland-AG* sitzen, für diese Einsicht braucht kein Abitur. Zu wenig Bildung des Bewußtseins scheint dagegen vorhanden zu sein hinsichtlich der offensichtlichen Mißstände bei der Verteilung der unterschiedlichen Aufgaben und Chancen. Die einen schrubben immer nur die Planken, während andere nur rudern, Dritte lediglich steuern und ein weiterer Teil allein das Sonnendeck belebt usw. Letztlich nicht zu vergessen jene, die, bis zum Kopf unter Wasser, sich gerade mal an den Rumpfkralen können. Die sogenannte „deutsche Solidargemeinschaft“ findet ihre Wirklichkeit doch höchstens in dem Zwangssubjekt mit Namen „Steuerzahler“. Ein ernsthafter, starker und schließlich wirksamer Syndikalismus kann die Beseitigung dieser gesellschaftlicher Mißstände deshalb nicht an die

staatlichen Institutionen delegieren, das ist die immer gleiche Lehre aus der Geschichte der Sozialdemokratie. Also Schluß mit diesen alten Reflexen!

Die bürgerliche Klasse der Unternehmer spielt gerade, vom neoliberalen Siegesrausch der „goldenen Neunziger“ nach dem Ende des Kalten Krieges noch ganz ergriffen, vor, wie man die juristischen Regelsätze umdeuten, auslegen und nach Belieben ändern kann. Und die SPD hält dabei auch noch die Steigbügel. Und schon bröckeln die alten Errungenschaften wie das Arbeitsrecht oder die Betriebsverfassung. Denn sind wir ehrlich, wie wirksam ist denn das Arbeitsrecht aktuell? Ist es nicht vielmehr Richter der kapitalistischen Arbeitsverwalter als Anwalt der durch Arbeit Unterdrückten und Ausgebeuteten? Und wie hoch ist die orientierende Bindung an die abgeschlossenen, rechtlich abgesicherten Lohntarife wirklich? Mensch muss kein Prophet sein, um einzusehen, dass es beiderseits bergab geht; ebenso wenig, um hinter dem schnöden Rechtsatz die interessensgeleitete Auslegungspraxis windiger Winkeladvokaten auszumachen. Die syndikalistische Initiative mit humanistischem Inhalt und progressiver Gestalt kann deshalb nicht einhalten vor den Gesetzgebungen nationaler Interessen, sie beschwört keine „nationale Solidarität“, sondern entlarvt die Nations-Beschwörer als das Kartell der Profiteure, welches es realiter ist. Sie kennt keine ‚Stammebelegschaften‘, keinen nationalen ‚Kundenstamm‘, keine Standort-Ausrichtung. Denn um die durch die kapitalistische Marktkonkurrenz verursachten Probleme nachhaltig zu bekämpfen, gibt es keine nationalen Insel-Lösungen. Wenn man so will, ist diese späte Einsicht doch ein mahnendes Erbe der kommunistischen Revolution und des anschließenden Kalten Krieges.

Eine Zwischenbilanz

Es dürfte klar geworden sein, mit den gegenwärtigen Zentralgewerkschaften ist derzeit nicht viel anzufangen. Bestenfalls ausgenommen von der Kritik ist das Engagement im Bereich von Bildungs-Sponsoring und bei der Finanzierung einiger Basisgruppen und -initiativen. Obwohl nach wie vor den Interessen breiter sozialer Schichten keinerlei allgemeinpolitische Bedeutung beigemessen wird und die verschärfte soziale Lage die Menschen mobilisiert und radikalisiert, die Streikbereitschaft erhöht, ist die Macht der syndikalistischen Organisationen auf einem historischen Tief. Ist also

die Zeit der gewerkschaftlichen Organisation an ihr Ende gelangt? Nein, keineswegs! Denn wie schon gezeigt, gibt es sowohl die Möglichkeit, eine emanzipative sozialpolitische Perspektive zu denken, als auch die Notwendigkeit, diese in sozialen Einrichtungen und Institutionen der Gesellschaft zu verwirklichen. Dass man für solche Umgestaltungen der gesellschaftlichen Verhältnisse allerdings Macht organisieren muss, ist ebenso einsichtig. Und dafür ist der organisatorische Zusammenschluß der Einzelnen zu einem Kollektiv nunmal unerlässlich. Weiterhin: Dass auch eine ungeheure Macht aus der sozialen Stellung erwachsen kann, von der sich die bürgerliche Gesellschaft stets bemüht zu behaupten, sie wäre völlig ohnmächtig, weil ohne Kapital und Einfluß, diesen Weg wies Marx, und zeigte damit einen, vielleicht *den* entscheidenden gesellschaftlichen Kampfplatz um die richtigen Verhältnisse an: Den Arbeitsplatz, den wir in einer arbeitsteilig aufgebauten und funktional differenzierten Gesellschaft einnehmen, die nach den Zwecken der ständigen Mehrwert-Spekulation (Wachstum!!!) durch kapitalistische Unternehmungen vorangetrieben wird. Eine solche ist nämlich ausgesprochen empfindlich gegen Arbeitskämpfe, Arbeitsverweigerung und das Stocken der weit verzweigten Produktionsketten. Zwar halten Chefs in der Regel jeden Einzelnen für ersetzbar außer sich selbst, aber ganze Belegschaften auszutauschen, das geht nunmal nicht von heute auf morgen. Und von daher haben auch diejenigen gute Karten beim Poker um die zeitweise Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die solidarisch ge- und kämpferisch entschlossen ihre Interessen am Arbeitsplatz eintreten. Soweit zum EinmalEins der Gewerkschaften und Betriebsräte. Doch ist das schon genug? Reichen solche partiell und lokal zeitweise erfolgreichen Arbeitskämpfe aus? Nein, das tun sie eben nicht, das wußten schon die findigen Köpfe der Gewerkschaftsbewegung an ihrer Wiege. Denn ein noch so progressiv eingeregelter Betrieb muss sich auf kurz oder lang der durch die Kapitalinte-

ressen entfachten Konkurrenz wieder stellen, will er seine Produkte als Waren über den staatlich eingeregten Markt an Mann & Frau bringen. Und ein eher an sozialen Gesichtspunkten der Produktion orientierter Betrieb wird hier letztlich immer einer knallharten Ausbeutungs-Unternehmung unterliegen, da ersterer weder die Effizienz noch das Leistungsniveau des zweiten erreichen kann und am Ende beim Preiswettlauf um die Konsumenten verliert. Um also endgültig Schluß zu machen mit dem konkret a-sozialen Arbeitsleben, muss auch Schluß sein mit den allgemeinen Rahmenbedingungen, die dieses zuallererst bedingen. Es geht deshalb bei ernsthaften Arbeitskämpfen um nichts weniger als das Ganze, um ein revolutionär neues Gesicht der Arbeitswelt und daran gekoppelt, um gesellschaftliche Verhältnisse, die dies ermöglichen. Dieses politische Ziel, so selbstverständlich wie oft vergessen, ist aber weder durch einen reformistischen gewerkschaftlichen Kurs noch über den Gang in die Parlamente zu erreichen, das sollte jeder und jedem klar geworden sein, der oder dem es schwer fällt, die Sozialdemokratie von heute von der Zentrumsparterie von gestern noch zu unterscheiden. Denn was diese in Jahrzehnten parlamentarischer Gräbenkämpfe am grünen Tisch erreicht hat, kassierte sie selbst in nicht weniger als zwei Regierungsperioden größtenteils wieder ein. Der einzig lohnenswerte Syndikalismus von morgen wird also sowohl außerparlamentarisch, antinational und antistaatlich, als auch antikapitalistisch auszurichten sein, oder er wird nicht sein, was immer er auch von sich im Namen von Tradition und Institution behaupten mag.

Warum Streiks so wichtig sind und warum sie nicht ausreichen

Eines der gängigsten Argumente, das die bürgerliche Gesellschaft in den jüngsten Tagen den streikbereiten Belegschaften immer wieder entgegenhält - erinnert sei nur stellvertretend an die juristische Farce des letzten Bahnstreiks, bei dem der *GDL* monatelang das staatlich zugesicherte Streikrecht entzogen wurde - ist jenes Argument vom volkswirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Schaden, die die Streiks immer wieder heraufbeschwören sollen. Und ja, insofern mit diesem „Schaden“ der Zusammenbruch der bürgerlichen Illusion ei-

ner bereits realisierten glücklichen Arbeitswelt gemeint ist, trifft dies auch zu. Die Streikenden hingegen kann der Rechnungssaldo des Finanzministeriums oder die Firmenbilanz so wenig interessieren, wie umgekehrt ihre Interessen in der Herren Häuser keine Rolle spielen. Ein Streik ist kein Zahlenspiel und läßt sich auch nicht darauf reduzieren. Die reinen ökonomischen Kosten, die er verursacht, werden im Rahmen der kapitalistischen Verwertung und unter Einfluß diverser Interessenslagen umgelegt. Wohin, läßt sich nicht in abstracto vorherbestimmen. Im schlimmsten aller Fälle schlägt die Kostenfalle sogar auf die Streikenden zurück, das sollte man durchaus bei allem Aktionismus immer mit bedenken. Dennoch liegt im Streik das Augenmerk nicht auf den Kosten, sondern auf dem Gewinn, und der ist durchaus nicht nur ökonomischer Natur. Der Streik schafft nämlich direkt am Arbeitsplatz einen Freiraum, der es dem durch die routinierten Arbeitsprozesse eingespannten Individuum erlaubt, sich mit anderen auszutauschen und zu organisieren, und damit erst die Voraussetzung, um die gemeinsam betreffenden Mißstände durch kollektives Handeln aufzuheben. Und bei hohen Arbeitszeiten steigt auch die Bedeutung solcher selbstbestimmten Freiräume direkt am Arbeitsplatz und damit die Bedeutung eines Streiks. Wer kennt nicht das „Ausgepumpt-Sein“ nach 10-12 Stunden Arbeit, die Burn-Out-Symptome, die Schwierigkeiten beim Versuch, die gemeinsamen Interessen in der „Freizeit“ zu organisieren. Und genau deshalb ist der Katechismus von prosperierender Wachstumsgesellschaft und Vollbeschäftigung auch nicht das rechte Lehrbuch für eine emanzipative gesellschaftliche Entwicklung unter humanistischem Vorbild. Denn wie bitte schön soll der Mensch sich in der Wahrnehmung seiner politischen Rechte befleißigen und kollektiv für seine Interessen eintreten können, wenn die Arbeit dafür weder die Zeit noch den Raum läßt? Auf die nationale Politik der (Lebens)Arbeitszeitverlängerung kann es deshalb auch nur eine syndikalistische Antwort geben: Verstärkte Streiks! Dennoch wird man auch feststellen müssen: Befristete, lokale Streiks und die zeitweise Freisetzung von der Arbeit reichen nicht aus, um die eiskalte Logik der kapitalistischen Konkurrenz ein für alle mal zu brechen, und an deren Stelle den transnationalen, solidarischen Zusammenschluß aller Menschen zu setzen, sowie neue Formen des



nachhaltigen Produzierens in einer nach sozialen Gesichtspunkten eingerichteten, humaneren Arbeitswelt. Um die mehrwertorientierte Wirtschaftsweise als solche zu verändern, wird mensch auch die bedingenden gesellschaftlichen Co-Faktoren ändern müssen. Und diese lassen sich durch eine betriebsinterne Politik, temporäre Arbeitsniederlegungen und zeitweise Verbesserung lokaler Arbeitsbedingungen eben nicht so einfach beeinflussen. Der Streik in der Form vorübergehender Arbeitsaussetzung, ob nun als subversive Raucherpause, bloßer Warnstreik, harmloser Flexi-Streik oder komplett wilder Streik, kann deshalb nur ein Anfang, ein früher Freiraum, eine erste Experimentierstätte dessen sein, was es als gesamtgesellschaftlichen und sozialen Zusammenhang überbetrieblich erst noch zu formieren gilt. Streiks sind deshalb kein Selbstzweck in dem Sinne, sondern vielmehr ein Mittel, um dem höheren Zweck der besseren Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu dienen. Und die Verlagerung der Arbeitskämpfe auf andere gesellschaftspolitische Felder ist für eine Gesellschaft um so wichtiger, je mehr der totale Arbeitszwang der kapitalistischen Verwertung vor dem Hintergrund emanzipatorischer Ansprüche zerfällt. Positiv gewendet, bieten die brüchig gewordenen Erwerbsbiographien und die schichtenübergreifende Erfahrung von Arbeitslosigkeit nämlich Freiräume, um den solidarischen Austausch über den Arbeitskampf in andere gesellschaftliche Teilbereiche auszudehnen und stabile soziale Institutionen aufzubauen. Die Chancen, die in dieser Ausweitung der Kampfzone für eine starke syndikalistische Machtbasis liegen, zu wenig zu berücksichtigen, und stattdessen wie paralysiert auf die betriebsinternen lokalen Arbeitskämpfe zu starren, ist der zentrale Vorwurf, den man allen deutschen Gewerkschaften, einschließlich der *Freien ArbeiterInnen Union (FAU)* machen muß. Es darf schon ein bißchen mehr Betonung auf dem ersten Teil des Wortes „Anarcho-Syndikalismus“ liegen.

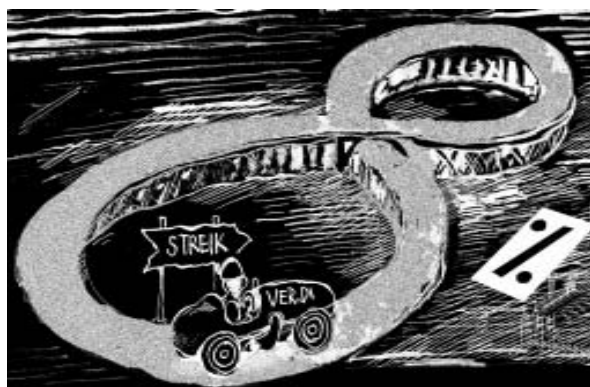
Zentralgewerkschaften und die doppelte Organisationsfrage

Um den Kampf vom Arbeitsplatz hinaus aus dem Betrieb und in die Gesellschaft hineinzutragen, allgemeinpolitischen Einfluß zu nehmen und soziale Verhältnisse für jeden Einzelnen zu gestalten, ist zweifellos mehr nötig als die kurzen Bande, die sich während der Streikphasen zwischen den

Menschen knüpfen. Es braucht Organisation und Kontinuität im Wechselspiel von Arbeit und „freier Zeit“, von lokalen Betriebsproblemen und globalen Mißständen.

Diese „Organisation“ ist aber gerade nicht der zentrale Massenverband wie der *Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)* oder ähnliche. Vielmehr ist die

„Organisation“ als solche die organisierte Bewegung, die mobilisierbare Basis selbst, in all ihren vielschichtigen Facetten lokaler Zusammenschlüsse. Der Massenverband dagegen ist nicht mehr als ein degenerierter „Homunkolos“, Kopfgeburt eines all zu naiven Organisationsverständnisses dieser Bewegung. In ihm haust, wie in fast allen zentralen bürgerlichen Verbänden, das alte Gespenst des mittelalterlichen Korporatismus, bei dem die Köpfe (Funktionäre) den Verband als ganzen repräsentieren können, der Körper (Basis) aber nicht. Aber was man sich für frühere Zeiten vielleicht noch als durchaus vitalen Zusammenschluß vorstellen konnte, ist heute zusätzlich einbetoniert in die eisernen Richtlinien der bürokratischen Verwaltung, sodass in modernen Massenverbänden von einer Vermittlung zwischen Basis und Spitze gar keine Rede mehr sein kann. Die Folgen dieser mangelnden Vermittlung zeigen sich dann am gemeinsamen Nenner: 8+x%. Wie gut, dass Zahlen gleichzeitig Alles und Nichts aussagen! Die Organisationsfrage der gewerkschaftlichen Bewegung lautete jedoch nie: Wie kriegen wir möglichst viele zahlende Mitglieder und Stimmen? Sondern: Wie organisieren wir die lokalen Gruppen und Zusammenschlüsse bzw. genauer: Mit welchen *Mitteln* organisieren wir uns und auf welchen *Zweck* hin richten wir unsere Organisation aus? Und in dieser doppelten Linienführung der Frage stellt sich auch heraus, woran es den Gewerkschaften heutzutage mangelt. „Organisation“, schon der theoretische Begriff zeigt doch auf der Ebene der Mittel eine deutliche Abkehr vom Korporatismus und der Einteilung nach hierarchischen Stände-Verhältnissen an. „Wir organisieren uns!“ - das hieß optimistisch: „Wir lassen uns nicht mehr bevormunden, wir sprechen für uns selbst!“. Organizing heute, das heißt, pessimistisch gewendet, Promotion für die Palette an Organisierungsdienstleistungen, die der



Verband aktuell anzubieten hat. Die Differenz könnte größer nicht sein, denn die Zentralgewerkschaften haben die Frage nach den richtigen Mitteln der Organisation ja längst aufgegeben. Als gäbe es keine Funktionärs-Erblinien, kein Vermittlungsproblem mit der Basis, keine Stellver- und Daneben-Treter, keine Endloschleife der Bürokratie, keinen chronischen Mangel an partizipativen Prozessen. Die Selbstbestimmung der Mitglieder, das ist bei allem Nacheifern bürgerlicher Institutionalisierung völlig vergessen worden. Anstatt dass die Gewerkschaft hält, was sie verspricht und den eingespannten Menschen durch den Zusammenschluß zum kollektiven Handeln und zum Wahrnehmen seiner Interessen ermächtigt, schweigt die Zentrale die Interessen der einzelnen Mitglieder tot und zwingt ihnen obendrein das Interesse des Verbandes insbes. seiner Verwaltung zusätzlich auf. Derweil legitimiert der Mummenschanz der parlamentarischen Demokratie das, was jedeR weiß: Die da oben machen doch eh, was sie wollen.

Und in dieser Lage der mangelnden inneren Organisation der Mitglieder-Interessen sind die zentralen Gewerkschaftsverbände auch kein Vorbild für die Massen. Es entsteht nicht mehr der Sog, der sich durch progressive soziale Institutionen bildet, die den emanzipativen Ansprüchen der Menschen genügen, weil die Gewerkschaften als verbandesmäßige Organisation in ihrer konkreten Gestaltung nirgends sichtbar aus dem Sumpf der gewöhnlichen bürgerlichen Institutionen herausragen. Die zukunftsweisenden Antworten auf die Frage nach den rechten *Organisierungsmitteln* der gewerkschaftlichen Bewegung werden also eng geknüpft sein an die Aspekte der Partizipation und Transparenz, an die Probleme der Mit- und Selbstbestimmung und an die Schwierigkeiten der dezentralen und basisnahen Verknüpfung lokaler Gruppen letztlich.

Die eine Seite der Organisations-Medaille bildet also die Frage nach den internen Verhältnissen der Organisation, nach den richtigen Mitteln, um sich sinnvoller Weise als Kollektiv selbstbestimmter Individuen aufzustellen. Denn der Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, das ist höchstens ein nichtiger Aphorismus aus den Fabeln der kapitalistischen Marktwirtschaft. Die andere Seite nun betrifft die Ausrichtung, diese *Organisierungszwecke* eben. Und dabei ist gerade die geschlossene Ideologisierung bzw. der Rückzug auf Partikularinteressen der falsche Weg. Denn eine vitale Bewegung wird umgekehrt immer abhängig von ihrer Offenheit sein, will sie dem Anspruch genügen, die Selbstbestimmung der basisnahen Interessen wirklich ernst zu nehmen. Das betrifft nicht nur den internen Austausch zwischen den Generationen, es betrifft auch die syndikalistische Machtbasis in ihrem Kern. Denn nur wenn es gelingt, die Bewegung auf eine breite Basis zu stellen und über die Arbeitskämpfe die Menschen schichtübergreifend in einen Kampf ums Ganze, um eine sozialere und emanzipative Gesellschaft zu verwickeln, kann sich das verwirklichen, worauf es schließlich ankommt: Die Aufhebung der kapitalistischen Konkurrenz. Die gewerkschaftlichen Gruppen werden sich also Ziele stecken und Aufgaben planen müssen, die über die eigenen eng begrenzten Interessenslagen hinausragen, wollen sie offen und einladend wirken. Selbst die beste Organisation nützt letzten Endes wenig, wenn sie nicht in der Lage ist, immer wieder neue Menschen, Ideen und Interessen einzubinden, sie endet schließlich als Papiertiger oder bürokratische Aktenleiche.

Innere Einrichtung und äußere Ausrichtung, Selbstbestimmung einerseits, Offenheit andererseits bilden also den Nerv einer richtigen Organisation. Und genau dieses dialektische Spannungsfeld muß von denen ständig beackert werden, die sich kollektiv organisieren und damit einen emanzipatorischen Anspruch auf die bessere Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse verbinden. Gibt man dagegen einen der beiden Pole auf, in dem man sich entweder auf die Interessen der Mitglieder beschränkt und ihre selbstbestimmten Interessen unterdrückt, oder die einzubeziehenden Menschen auf einen nachfragenden Kunden reduziert und deren Interessen nicht wahrnimmt - dann sprechen wir vielleicht über die zur Tradition degenerierten Kontinuitäten deutscher Gewerkschaften,

nicht jedoch über die progressive Gestalt eines (post)modernen Syndikalismus.

Vom Ersten Mai, dem Generalstreik und dem Ende der Knechtschaft

Tradition versus Kontinuität ist das richtige Stichwort zum Schluß. Drei hartnäckige Mißstände der gewerkschaftlichen Bewegung fallen hier besonders auf. Die Winkelemente-Zeremonien zum Ersten Mai, die romantisch-nostalgische Generalstreik-Rhetorik und der sozialstaatliche Irrsinn der Sozialisten. Der Traditionalismus zeichnet sich nun dadurch aus, dass er sichtbar die Zeit ausgesetzt hat und an die Stelle wirklicher Entwicklungen und geschichtlicher Kontinuitäten die hohle und jedem Einspruch überhobene Einheit der Sache setzt. Und dementsprechend monoton und innovationsresistent erscheinen auch seine Rituale. Wie beim Ersten Mai, wo nach einem gemütlichen Spaziergang jede ernsthafte Auseinandersetzung zwischen Würstchen, bunten Kugelschreibern und schmalen Werbeheften untergeht - alle Jahre wieder. Als hätte ihn nie jemand (mensch lese die Protokolle nach!) zum weltweiten Kampftag, zum Beginn einer globalen Arbeitsverweigerung, zum Generalstreik erklärt. Und als solcher ist er ja wohl an einem bürgerlichen Feiertag äußerst schlecht gelegen!

Ebenso fehlt aber auch die syndikalistische Tradition des radikalen Flügels, die den Generalstreik immer nur als Anfang einer revolutionären Neugestaltung der Gesellschaft begreift. In einem solchen Sinne kann er aber umgekehrt nichts anderes sein, als das Ende, die Vollendung einer organisatorischen Leistung, die an der Schwelle dahin steht, der kapitalistischen Konkurrenz kollektiv und global ein Ende zu bereiten. Die Welt muss dann schon ein schier unerschöpfliches Reservoir an Freiräumen, eine Vielfalt an sozialen Institutionen, selbstorganisierten und aufgeklärten Individuen bieten. Denn wie sollte sonst die Solidarität zwischen den Menschen den kapitalistischen Kleinkrieg mit einem Male ersetzen? Den höchsten Zweck als bloßes Mittel auszugeben und dabei stehen zu bleiben, solche Rhetorik ist schließlich nichts als hohler Idealismus, der sich weder den konkreten Interessen der Menschen, noch den wirklichen Hindernissen und Problemen einer solidarischen Organisation stellen will.

Über diesem allen Übel ragt jedoch die Tradition der Sozialdemokratie und der einge-

schliffene Pragmatismus der Staatssozialisten. Ganz blind für das Scheitern so ziemlich aller sozialstaatlichen Projekte beharren diese Schein-Gewerkschafter von *SPD* bis *Linkspartei* auf dem bürgerlicher Apparat loyaler Beamten, auf der bürokratischen Verwaltung und den Maßnahmen sozialer Kontrolle und polizeilicher Überwachung. Als gälte es nicht gerade, sich davon zu befreien, um besseren Verhältnissen Platz zu machen. Doch diese neuen Herren sehen in gesellschaftlichen Prozessen nichts als Erfüllungsbedingungen für die nationale Budgetierung, den volkswirtschaftlichen Nutzen und die kapitalistische Konkurrenz. Ganz so, als wäre der Markt reiner Selbstzweck und nicht lediglich ein Mittel. Ein so staatsgläubiger Sozialist verschiebt die Organisationsprobleme nachhaltiger und solidarischer Institutionen zwischen den Menschen letztlich auf den kalten Mechanismus einer durchgeregelten Arbeitswelt, wo weder vom individuellen Glück noch vom humanen Zusammenleben ernsthaft die Rede sein kann.

Nicht aber in den Fragen der national-staatlichen Rundum-Vorsorge, nicht in den Schwärmereien vom plötzlichen Aufzug eines unbestimmt Besseren, auch nicht in den sozialpartnerschaftlich ergaunerten Ruhetagen und sonstigen Freizeiten, die nicht einmal für alle gelten, und deren Möglichkeiten der Mitgliedererwerb - sondern in den Fragen der Organisation entlang der doppelten Linie von Selbstbestimmung und Offenheit, eingerichtet zur Emanzipation jedes Einzelnen und ausgerichtet auf die Verbesserung der sozialen Verhältnisse der ganzen Welt, liegt das Geheimnis einer wirkmächtigen syndikalistischen Bewegung mit dem Anspruch, an die Stelle der globalen Konkurrenz eine *weltweite solidarische Gegenseitigkeit* zu setzen. Und das ist auch die einzig sinnvolle und zweckmäßige Antwort, die der Anarchosyndikalismus in Anbetracht der Geschichte auf die neoliberale Entwicklung der Welt geben kann.

clov

* Der Text versteht sich als inhaltliche Aktualisierung des bereits 1896 von Gustav Landauer im „Sozialist“ veröffentlichten Textes anlässlich der Streikwelle, die die durch den verstärkten Militarismus prosperierende deutsch-preußische Nationalökonomie damals erfasste: „Die Bedeutung der Streiks“ (28.03.1896), nachlesbar bspw. in: „Signatur: g.l.“, hrsg. v. R. Link-Salinger, edition suhrkamp 1113, Frankfurt (M.), 1986, S. 233-236.

Fortsetzung von Seite 1

MACHTBEWEIS

Hintergründe

(...) Es geht um die Funktionsfähigkeit und somit Zukunft der EU, wenn die Chefs der 27 Mitgliedsstaaten meinen, die EU-Grundordnung ändern zu müssen. Diese ist bisher wesentlich in zwei Grundlagenverträgen (EG-Verträge von Rom 1957, EU-Vertrag von Maastricht 1992) geregelt. Spezifischer wird es durch zusätzlichen Protokolle, Erklärungen und Sonderregeln sowie den Beschlüssen, die als Richtlinien oder Verordnungen umgesetzt wurden. Zusammengefasst so das Recht der EU 80.000 Seiten. Die durch die Lissabonreform geänderten Grundlagenverträge sind dagegen „nur“ ein paar hundert Seiten lang. Hier sind grundsätzliche Vereinbarungen zwischen den 27 Regierungen festgeschrieben, Aufgaben und Aufbau europäischer Institutionen festgelegt und gemeinsame politische Bestimmungen formuliert. Aus dieser Zusammenarbeit resultiert ein rechtlicher Rahmen, der nationalstaatliches Recht/Gesetz brechen kann. Dieses sog. gemeinsame Europarecht steht über der nationalen Rechtsprechung und betrifft bspw. in Deutschland 2/3 aller staatlichen Politikbereiche, so dass jede/r mal mehr, mal weniger von Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, betroffen ist. In den anderen 26 Staaten sieht es nicht viel anders aus, so dass die aktuelle Reform der EU-Grundlagenverträge für nahezu 500 Millionen Menschen relevant wird.

Was zukünftig gelten soll, wurde bereits vor sechs Jahren erarbeitet und war als EU-Verfassung geplant. Nachdem diese 2005 scheiterte, wurden im Juni 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft die alten Verfassungsinhalte im neuen Reformvertrag innerhalb nur eines Tages wieder „auf den Weg gebracht“, um letztendlich ab dem 1. Januar 2009 in Kraft treten zu können. War 2005 das Nein der französischen und niederländischen Wähler noch ohrenbetäubend, hat das Ja einiger Parlamentarier zu den alten Inhalten in neuer Form Anfang 2008 kaum jemand gehört. In Frankreich, Slowenien, Malta, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Polen

wurde die Reform bereits, und jeweils mit großer Mehrheit, in den nationalen Parlamenten ratifiziert. Es scheint, dass die sicherheitsfixierten Staaten die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht der Unmündigkeit gestellt haben, da nur in Irland ein Referendum über die neue Reform entscheiden wird. Und selbst dieses wird nicht mehr als Hindernis angesehen, da spätestens das zweite Referendum das erwünschte Ja bringen wird, wie es schon bei der letzten Reform (Nizza-Vertrag seit 2003 gültig) funktionierte. Auf dem EU-Gipfel in Lissabon im Oktober 2007 haben sich die Staatschefs auf die neue alte Fassung geeinigt, im Dezember 2007 unterschrieben und seitdem für den Ratifizierungsprozess freigegeben. Es ist gegenwärtig sehr wahrscheinlich, dass auch in allen anderen Parlamenten „Ja“ zur Lissabonreform gesagt wird, da diese auch mehr Mitspracherecht für die nationalen Parlamente vorsieht, so dass sich die Parlamentarier selbst um ein Vetorecht bräuchten, wenn sie die Reform ablehnen würden. Denn diese gibt ihnen die Möglichkeit, vor dem Europäischen Gerichtshof eine Klage einzureichen, wenn 2/3 von ihnen meinen, dass ein europäisches Vorhaben die nationale Souveränität untergräbt. Große Umbrüche bringt eine Reform bekanntlich nicht – europäische und somit nationale Politik setzt natürlich weiter auf die Stabilität des bestehenden Systems.

Denn sie machen was sie wollen

Die neue Lissabonreform wird nicht, wie mit der damaligen Verfassung vorgesehen, beide Grundlagenverträge im Ganzen ersetzen, sondern wird diese „nur“ ergänzen – in Form einer Aufwertung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, der Pflicht zur militärischen Aufrüstung und einer weiteren Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen.

Welch ein Graus, dachten sich auch die 200.000 DemonstrantInnen im Oktober 2007 in Lissabon, die gegen den besagten EU-Gipfel protestierten und einem Aufruf der portugiesischen Gewerkschaft CGTP-IN gegen eine „EU-Verfassung durch die Hintertür“ folgten, während die 27 Staatschefs sich selbst und das Ende der Krise feierten. Proteste werden ignoriert und auch die Reforminhalte werden nicht öffentlich zur Debatte gestellt. Proteste, Diskussionen, Öffentlichkeit dürfen eben nicht aufkommen, wenn es um die Zukunft der Europäischen Union geht. Wenn es Probleme mit dem Grundgesetz gibt, muss dieses halt geändert werden. So leicht ist es auch, doch leider nur für deutsche Regierungsvertreter. Damit die neuen EU-Grundlagenverträge verfassungskonform sind, muss das deutsche Grundgesetz, speziell der Artikel 23, geändert werden. Dieser „Europaartikel“ trat mit dem Vertrag von Maastricht 1992 in Kraft und erweiterte damals die EG zur EU, die seitdem über wirtschaftliche Beziehungen hinaus auch in Außen- und Sicherheitspolitik, Justiz, Polizei und Militär zusammenarbeitet. Mit Artikel 23 wurde die Weiterentwicklung der EU zum obersten Staatsziel erhoben und erstmalig nationalstaatliche Souveränität auf einen Staatenbund übertragen. „Nur weiter so!“ mag mensch zu diesem Schritt der staatlichen Selbstauflösung meinen, wenn sich nicht deutsche Politik einflussreich in der EU wiederfinden würde. (2)



Konsequenzen

Der Reformdruck der Union der 27 liegt darin begründet, dass der bestehende konstitutionelle und institutionelle Rahmen nicht ausreicht, um in staatlicher Organisation „handlungsfähig“ zu sein. Immer mehr „Kompetenzen“ werden von nationaler auf europäische Ebene übertragen, so dass mehr Gesetze erlassen werden, um die hinzu kommenden EU-Zu-

ständigkeiten zu ordnen. Die letzte Reform ist acht Jahre her und seitdem ist viel passiert (EU-Osterweiterung, 9-11), was eine Umstrukturierung der Zusammenarbeit innerhalb der EU-Institutionen (Gipfelrat, Kommission, Ministerrat, Parlament) notwendig macht. So verschwindet mit der Lissabonreform in noch



mehr Bereichen das Vetorecht, indem die ursprünglich benötigte Einstimmigkeit bei wichtigen Entscheidungen zu Mehrheitsabstimmungen verkommt. Übrigens gilt ein Beschluss auch als einstimmig, wenn sich einzelne Mitglieder enthalten. Immer weniger dürfen mitreden, doch immer mehr kommt hinzu, was diskutiert werden müsste. Immer mehr Kompetenzen schreibt sich die EU auf ihre Fahne, wie im Bereich Justiz, Militär, Energiesicherung und Umwelt und gibt ihrem Gerichtshof unbewältigbare Berge von Anträgen, Streits zu schlichten. Warum dies nicht in lokale und selbstbestimmte Hände gelegt wird, bleibt die Frage an Unternehmer des Standorts EU, Staatsgetreue und Machtgierige. Bereits mit der Nizzareform vor acht Jahren wurde die Möglichkeit der „Anpassung des Rechtssprechungssystems“ eingeräumt, jedoch nur für den Rat der 27 und die EU-Kommissare, die einstimmig oder auf Antrag die gesetzlichen Grundlagen der EU ändern können – ganz nach dem Motto: was nicht passt, wird passend gemacht. Die Lissabonreform nimmt grundlegende Änderungen an der bisherigen Struktur der vertraglichen Grundlagen des EU-Konstruktes vor und hinterlässt ihre „dunklen Seiten der Macht“. (3) Die Spitzenjobs wie Ratspräsident und Außenminister werden zur Vollzeitarbeit, die doppelte Mehrheit wird eingeführt und so Kerneuropa noch mehr Macht über die anderen, kleineren Staaten zugestanden. Zeit ist bekanntlich Geld und so können Entscheidungen bald noch schneller gefällt werden.

Mit dem Blick auf die vertragliche EU-Grundordnung wird einiges klar und vieles bleibt unklar. Die Intention dieses Artikels ist von Anfang an begrenzt auf die

Aufklärung über die wichtigsten Punkte der aktuellen Lissabonreform. Der Autor versuchte, trotz mangelndem juristischen Werkzeug, Licht in den europäischen Paragraphensumpf zu schlagen. Das Ziel ist erreicht, wenn der/die Leser/in gegen Entmündigung und Bevormundung der Staatsoberen und der EU jetzt aufbegehrt!

Entscheidungsgewalt

Die Erleichterung von Entscheidungsfindungsprozessen auf EU-Ebene ist Hauptbestandteil der Lissabonreform. Europäische Richtlinien und Verordnungen, die nur formell nicht als Gesetze bezeichnet werden, nehmen hauptsächlich im Europäischen Rat ihren Anfang. Dieser wurde 1974 als eine informelle Gesprächsrunde gegründet und ist mittlerweile zur einflussreichsten Institution europäischer Politik aufgestiegen. Dieser Rat der 27 Staatsoberen ist nicht zu verwechseln mit dem Ministerrat der EU und seinen 345 Fachministern. Die ersten begrifflichen Verwirrungen sind also schon hier vorprogrammiert.

Der Rat der 27 trifft sich auf den jährlich stattfindenden, nicht-öffentlichen EU-Gipfeln, um dort die gemeinsamen Ziele und die allgemeine Richtung der EU-Politik festzulegen. Was danach in den EU-Institutionen – Kommission, Ministerrat und Parlament – passiert, ist vor allem die Umsetzung der Beschlüsse dieses Gipfelrates. Da es der Rat der 27 selbst war, in dessen Rahmen der Kompromiss – alte Verfassung als neuer Vertrag – verhandelt wurde, ist dessen Macht auch in Zukunft kaum beschränkt. Ganz im Gegenteil: durch die Lissabonreform wird der bisherige sechsmonatige Vorsitz auf zweieinhalb Jahre erweitert. Davon verspricht sich der Gipfelrat „mehr Kontinuität“ seiner Politik und der jeweilige Ratspräsident entsprechend mehr Einfluss seiner zu vertretenden nationalen Interessen in der EU-Politik und von da ausgehend auch auf internationaler Ebene. (2)

Neben diesem EU-Vorsitz als Ratspräsident soll zukünftig ein neuer EU-Außenminister, der als „Hoher Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik“ bezeichnet wird, der EU „ein außenpolitisches Gesicht“ geben. So muss wohl von

einer Doppelspitze gesprochen werden, wenn dieser die EU zusätzlich nach Außen vertreten soll und mit nicht-EU-Staaten Verhandlungen im Bereich Handel, Diplomatie, Sicherheit und Verteidigung führen kann.

Was die 27 Staatsoberen auf den Gipfeln beschließen, wird daraufhin von der Europäischen Kommission als Gesetz erarbeitet. 27 sog. Kommissare machen dieses Gremium aus und werden vom Kommissionspräsidenten ernannt, der, wie könnte es anders sein, wiederum vom Gipfelrat eingesetzt wird. Durch die Lissabonreform soll es ab 2014 nur noch 18 Kommissare geben, die dann entscheiden, wie die Rechte/Gesetze für die vom Gipfelrat erwünschten Inhalte zu formulieren sind.

Dass weniger mehr ist, soll auch für das EU-Parlament gelten, wenn zur Europawahl im Juni 2009 nicht mehr 785, sondern 750 Parlamentarier direkt gewählt werden sollen. Was als das Demokratieelement in der EU gilt, versinkt bereits seit der ersten Direktwahl 1979 in der Bedeutungslosigkeit. Für die kommende Europawahl wird die Wahlbeteiligung erwartungsgemäß weiter und sogar unter 40% fallen, so dass die Verbindung von Demokratie und EU mehr und mehr zur Heuchelei verkommt. Es scheint symptomatisch, dass europäische WählerInnen kein Interesse zeigen, wer sie auf europäischer Ebene vertritt – werden sie doch sonst auch nicht gefragt. So verbleibt die Entscheidungsgewalt in der EU weiterhin hauptsächlich im Rat der 27 und somit bei nationalen Regierungsvertretern, Ministern und Staatsoberen.

Neben den Volksvertretern im Parlament müssen auch noch die 345 Fachminister im bereits erwähnten Ministerrat die Beschlüsse des Gipfelrates umsetzen. Was die Lissabonreform dabei neu regelt, ist nicht die Anzahl der Minister, sondern deren Stimmverteilung. Wie wird eine Mehrheit definiert? Eigentlich eine einfache Frage, nicht jedoch, wenn es um das Abstimmungsverfahren der EU-Fachminister geht. Schon mit dem Inkrafttreten der letzten Reform, des Nizzavertrages im Jahr 2003, wurde das nun noch bis 2014 geltende Abstimmungsprinzip der qualifizierten Mehrheit zur Norm. Danach kann eine Entscheidung durchgesetzt werden, wenn mehr als die Hälfte aller 27 Mitgliedsstaaten, die mindestens 62% der ge-

samten EU-Bevölkerung repräsentieren müssen, und 255 von den 345 Stimmen im Ministerrat haben, dafür stimmen. So könnte praktisch auch von einer dreifachen Mehrheit gesprochen werden. Ab 2014 soll ein neues Abstimmungs-system eingeführt werden, dass die Bevölkerungsstärke der einzelnen EU-Staaten noch stärker berücksichtigt als bislang. Für einen Beschluss wird dann die Zustimmung von 55% der Mitgliedsstaaten nötig sein, die gleichzeitig mindestens 65% der Gesamtbevölkerung der EU vertreten müssen, was als doppelte Mehrheit bezeichnet wird. Wie viel Stimmen ein Mitgliedsstaat hat, wird aus seiner Bevölkerungszahl berechnet. (5) So wird die Rolle des ohnehin schon einflussreichen „Kern-europa“ weiter gestärkt. Daran wird auch die neue Möglichkeit eines europaweiten Bürgerbegehrens mit mind. einer Million Unterschriften nichts ändern, da dieses, wenn es jemals zustande kommt, nur eine Rechtfertigung einfordert, anstatt einen Beschluss gänzlich zu kippen.

Eine weitere Möglichkeit für „die Großen“, europäische Politik zu machen, liegt in der sog. verstärkten Zusammenarbeit. Einige Mitgliedsstaaten können den Entscheidungsprozess, angefangen vom Gipfelrats bis zum Parlament, verkürzen, indem diese sich nur unter sich einigen und auf bestimmte Vorgehensweisen verständigen. Diese Art der Zusammenarbeit muss von der Kommission vorgeschrieben und vom Parlament gebilligt werden und mindestens neun Mitgliedsstaaten umfassen. Bereits mit der Nizzareform 2003 wurden zehn Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit auf eine einzige Bestimmung zusammengefasst, die zudem besonders im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ausgeweitet. So kennt die EU nicht nur Grenzen, sondern auch ihre Vorbilder aus den eigenen Reihen, die die gesamte EU-Politik nach ihren Vorstellungen voranbringen wollen.

Reformierte Militarisierung

Politisch weit vorgeprescht wird speziell im Bereich der „Verteidigung und Sicherheit“ der Union der 27. Hier liegt auch die Flinte im Korn. Den „Angriffen“ von außen sei durch Bewaffnung und Aufrüstung zu begegnen, um den eigenen Wohlstand vor Intriganten und Futterneidern zu schützen. Die Welt soll zwar offen für

die EU sein, doch die EU nicht offen für die Welt. So werden Interventionen weltweit mit (h)ausgemachten Ängsten und Bedrohungen legitimiert, die in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) als Terror, Waffen, Aufstände, organisierte Kriminalität und „Scheitern von Staaten“ bezeichnet werden. Zum Schutz der Inneren Sicherheit wird mehr und mehr nach außen gerichtete Kriegsmaschinerie entwickelt und durch die EU-Grundlagenverträge sogar gefordert. Speziell mit Blick auf den Artikel 28 der Lissabonreform lässt sich erahnen, wo das noch hinführen wird. Dort geregelt ist ein neuer militärischer „Anschubfonds“, engere Zusammenarbeit mit der NATO, eine Aufrüstungsverpflichtung und die Rechtmäßigkeit einer europäischen Verteidigungsagentur (EDA). Letzteres wurde bereits 2004 eingerichtet und soll die Aufrüstung, Waffenbeschaffung und weitere EU-Militärprojekte voranbringen. Wie auch nationalstaatliche Politik setzt die EU auf Angstsznarien, die sie sucht und findet, diese dann als Handlungsgrund anführt, um sich so das Zepher zur Anwendung von Gewalt selbst zu reichen. Was schön positiv als Anschubfonds bezeichnet wird, ist eine neu eingeführte EU-Finanzkasse, die sich aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten füllt. Und natürlich: wer mehr gibt, hat mehr zu sagen. Hier werden finanzielle Mittel gesammelt, um für militärische Einsätze Geld anzuhäufen und gleichzeitig auf Mehrwert zu spekulieren. War bisher ein solcher permanenter EU-Militärhaushalt noch verboten, erlaubt dies nun die Lissabonreform. Auch wenn der Gründungsmythos der EU, niemals wieder Krieg in Europa zuzulassen, seine Berechtigung hat, ist die Beteiligung der EU an kriegerischen Konflikten mit eigenen Truppen eine Frage der Zeit. Der Kriegsfall wurde auch in den Protokollen der aktuellen Reform bedacht: heißt es hier, dass „niemand zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden“ darf, liest sich weiter unten dazu, dass dies selbstverständlich nicht im Kriegsfall gilt und zusätzlich auch Erschießungen im Fall von Aufständen oder bei Flucht von Gefangenen möglich sind. Die kriegsunterstützende Einstellung der EU wird auch aus der geplanten engeren Zusammenarbeit mit der NATO offensichtlich, wenn es im aktuellen Reformvertrag heißt, dass „europäische Verteidigungs-

und Sicherheitspolitik [...] zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses“ beitragen soll. Hinzu kommt die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Kaum erwarten können dies besonders Rüstungskonzerne wie EADS (*European Aeronautic Defense and Space Company*) und *British Aerospace*, die sich bereits immense Profite durch den Bedarf an zusätzlichen Kampfhubschraubern, gepanzerten Militärtransportern, Luftabwehrraketensystemen und Kriegsschiffen ausrechnen.

Die Militarisierung geht mit großen Schritten voran und zeigt sich verstärkt in der Migrations- und Grenzpolitik der EU (6). Krieg und Aufrüstung im Namen von Sicherheit und Frieden – wie modernisiert muss es denn noch werden.

droff

(1) Mit der Bolkesteinrichtlinie ist das Herkunftslandprinzip für EU-weite Dienstleistungen gültig. Dies bedeutet, dass ArbeiterInnen in derselben Branche, Projekt oder Unternehmen z.B. nicht denselben Lohn für dieselbe Arbeit bekommen. Die Zahlung von ortsüblichen Löhnen z.B. in Deutschland gilt nur für deutsche und nicht z.B. für polnische Unternehmen, die ihren ArbeiterInnen die in Polen gültigen und wesentlich niedrigeren Löhne zahlen, auch wenn diese gar nicht in Polen arbeiten. Gegen eine „Zersplitterung des Binnenmarktes“ und für den „ungehinderten Wettbewerb“ wird so der Wohlstand reicherer Länder auf den Rücken der ArbeiterInnen aus europäischen Billiglohnländern weiter ausgebaut. Die Bolkesteinrichtlinie gilt seit Dezember 2006 und muss noch bis Dezember 2009 in allen Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt sein.

(2) s. FA! # 11 „Deutschland in Europa“

(3) s. FA! # 10 „EURO.PA – die dunklen Seiten der Macht“

(4) U.a. gehört es zu den Aufgaben des Ratspräsidenten, die Mitgliedsstaaten in den anderen EU-Institutionen wie auch in internationalen Organisationen wie UNO und WTO zu vertreten.

(5) Stimmverteilung im Ministerrat: Italien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland: jeweils 29 Stimmen; Spanien und Polen: 27 Stimmen; Rumänien: 14; Niederlande: 13; Portugal, Ungarn, Belgien, Tschechien, Griechenland: 12; Österreich, Schweden, Bulgarien: 10; Litauen, Irland, Finnland, Dänemark, Slowakei: 7; Luxemburg, Zypern, Estland, Slowenien, Lettland: 4; Malta: 3.

(6) s. FA! # 1 „The European Nightmare. Schengen Information System, repressive Asylpolitik und Kontrollstaat“; FA! # 21 „Krieg um Welt. Welcome all Refugees from capitalist War“; FA! # 25 „Marokko: Menschenrechtsverletzungen im Namen des EU-Grenzregimes“

Hilfe, wir werden entwickelt!

Entwicklungshilfe im Spannungsfeld von Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum

Wir sehen, hören oder lesen es täglich in den Medien: Die weltweite Armut wächst. Die Erkenntnis ist allerdings nicht neu und wurde zuletzt vor acht Jahren – passend zum Jahrtausend-Wende – als nötiger Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik verkündet. Zu dieser Zeit erklärte der *Weltentwicklungsbericht* auch, dass extreme Armut und Einkommensdifferenzen in der Welt wachsen. Dementsprechend fand auch internationale Kritik an althergebrachten Entwicklungsstrategien, die nur auf wirtschaftliches Wachstum als Entwicklungsmotor bauten. Armutsminderung als „Durchsickereffekt“ und Nebenprodukt von Wachstum hatte sich offensichtlich nicht eingestellt und so kehrten internationale Entwicklungsinstitutionen zur alten Parole der Armutsbekämpfung zurück, um sie als neue Errungenschaft zu verkaufen. (1) Neu gestecktes Ziel ist die Halbierung der weltweiten Armut bis 2015. Die UN-Generalversammlung verkündete hierfür die *Millennium-Entwicklungsziele*, die als Meilenstein ob der Konsensfähigkeit vieler Staaten gefeiert wurden. Die EU zog noch im gleichen Jahr nach und verortete Armutsbekämpfung als oberstes entwicklungspolitisches Ziel. Ebenso verabschiedete die BRD 2001 auf dieser Grundlage ihr *Aktionsprogramm 2015*. Verblüffend hierbei war auch die Rolle des *internationalen Währungsfonds (IWF)* und der *Weltbank*: Die einstigen Propagandisten von Wirtschafts-

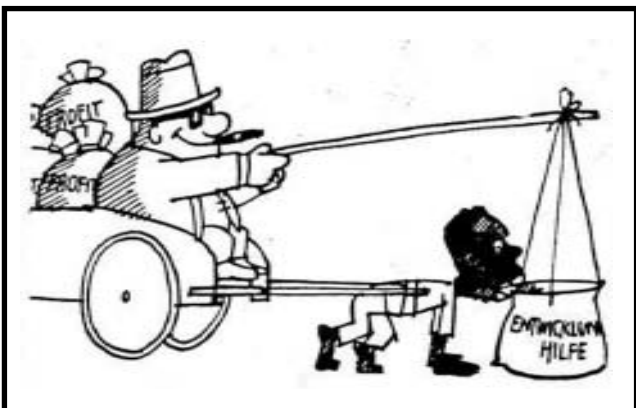
wachstum und Handelsliberalisierung, die seit den 80ern hochverschuldeten Entwicklungsländern Strukturanpassungsprogramme (SAPs) aufzwangen (siehe Kasten), verwandelten sich in eine ‚Bank der Armen‘ und arbeiten jetzt auch ganz im Sinne der Armutsbekämpfung. Ihre neuen Strategiepapiere – die zweifelsfrei innerhalb der Entwicklungshilfe im Vergleich zu Maßnahmen einzelner staatlicher Akteure mehr Einfluss besitzen – heißen *PRSP (poverty reduction strategy papers)* und versprechen Wachstum im Dienste der Armutsbekämpfung. Inwiefern diese Papiere tatsächlich einen Politikwechsel andeuten und ob diese Versprechungen mehr als hohle Phrasen sind, soll im Folgenden vor allem am Beispiel der *PRSP* kritisch betrachtet werden.

Theorie ohne Praxis

Die acht *Millennium-Entwicklungsziele* der UN verhandeln vor allem allgemeine Grundsätze, die den sozialen Menschenrechten erstaunlich ähneln, jedoch mit Zeitzielen versehen sind. So soll bis 2015, neben der Halbierung der extremen Armut und des Hungers, die allgemeine Grundschulbildung für alle Kinder der Welt sichergestellt werden, die Geschlechtergleichheit auf allen Bildungsebenen gewährleistet und die Verbesserung der Gesundheit von Müttern gefördert werden. Zudem soll die Kindersterblichkeit um zwei Drittel gesenkt und Infektionskrankheiten wie HIV, Malaria u.a. zum Still-

stand gebracht werden. Auch die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit spielt erstmals eine herausragende Rolle, es soll z.B. der Anteil der Menschen halbiert werden, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Schlussendlich ist auch vom ‚Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft‘ die Rede, die u.a. durch ‚nicht-diskriminierende Handels- und Finanzsysteme‘ und Schuldenerleichterung umgesetzt werden soll. So viel zu den hehren Zielen, die allein schon wegen ihrer zeitlichen Festschreibung von vielen NGOs als utopisches Lippenbekenntnis ohne festen Umsetzungswillen kritisiert werden. Angesichts der Tatsache, dass die einzelnen Staatsausgaben für Entwicklungshilfe größtenteils nicht (wie seit Jahren von nicht-staatlichen Institutionen gefordert) auf 0,7% des BIP angehoben werden, stellt sich zudem die Frage, wie denn die Armutshalbierung bis 2015 finanziert und erreicht werden soll. Auch bei der Zieldefinition der ‚nicht-diskriminierenden Handels- und Finanzsysteme‘ fragt Mann oder Frau sich nach der Ernsthaftigkeit der verfassten Papiere, wenn in der EU gleichzeitig eine Agrarsubventionierung fortgeführt wird, die den Absatz bestimmter Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern auf dem europäischen Markt de facto verhindert. Weil der Export landwirtschaftlicher Produkte für viele ärmere Länder die Haupteinnahmequelle bildet, kann den Folgen der ungleichen Chancen nur dadurch entgegengewirkt werden, dass sich die ohnehin schon armen Bauern noch mehr selbst ausbeuten und unter ihrem Existenzminimum produzieren. Dass Armutsbekämpfung dem widerspricht, ist offensichtlich.

Was dennoch an den *Millenniumszielen* als fortschrittlich gewertet werden kann, ist dass Armut nicht mehr nur an Einkommen gemessen wird, sondern vor allem am Mangel von Chancen und Möglichkeiten. Dies verdeutlicht eine Abkehr von Monetarismus und klassisch ökonomischer Ausrichtung in den Entwicklungszielen. Der Mensch mit seinen Entwicklungspotentialen scheint wieder stärker in den Vordergrund zu treten und der Aspekt der Verteilung des Wachstums darf nun wieder (mit) diskutiert werden.



Praxis ohne Theorie

Diese *Millenniumsziele* wurden von einzelnen Entwicklungsakteuren in spezielle Strategien umgesetzt, die beschreiben, wie die Ziele konkret zu erreichen sind. Während das *Aktionsprogramm 2015*, das vom *BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)* erarbeitet wurde, ein Strategiepapier für die bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit ist, sind die *PRS-Papiere* von *IWF* und *Weltbank* initiiert und bilden Richtlinien für Entschuldungszustimmungen hochverschuldeter Entwicklungsländer. Letztere ernteten für ihre Abkehr von den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) viel Lob, da auch sie sich damit scheinbar von langjährig praktizierten neoliberalen Zielen abwenden und die Kritik an den sozialen Folgen der SAPs ernst nehmen. Konkret wurden die PRSP 1999 erstmalig beim Kölner G7-Gipfel eingebracht und bilden seitdem für die größten Gläubiger *Weltbank* und *G7* die Grundlage für Entschuldungskampagnen, wie *HIPIC* (2). Mit Hilfe der neuen Strategie sollen die durch Schuldenerlass freiwerdenden Mittel im Entwicklungsland nun gezielt zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Neu daran ist vor allem, dass die PRSP von den Entwicklungsländern selbst und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure erarbeitet und vorgeschlagen werden. Damit wird auch dem Ziel einer ‚gleichberechtigten Entwicklungspartnerschaft‘ Rechnung getragen und die Schlagworte ‚Partizipation‘ und ‚Ownership‘ (3) sollen so mit Leben gefüllt werden.

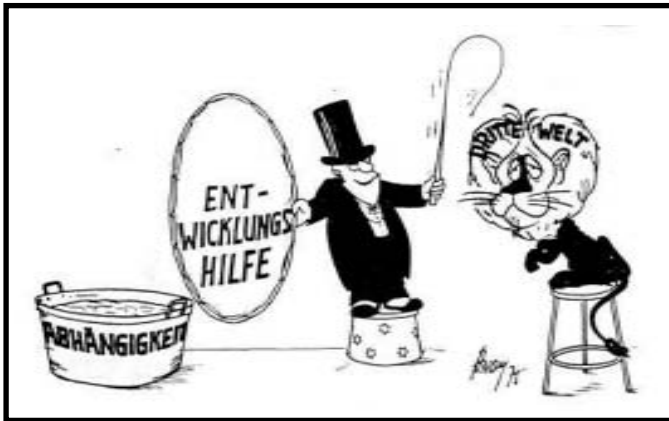
Dennoch gibt es v.a. seitens der NGOs wie z.B. *weed* (4) beträchtliche Kritik am angeblich neuen Kurs, denn die von den Entwicklungsländern selbst erarbeiteten Strategien setzen weiterhin primär auf wirtschaftliches Wachstum und behandeln die Armutsbekämpfung nachrangig, statt sie mit wirtschaftlichen Reformen zu koppeln. Rhetorisch wird sich zwar auf Armutsbekämpfung als Ziel bezogen, die Umsetzungsstrategien allerdings vernachlässigen dies und setzen weiterhin auf die altbekannten Wachstumsstrategien, wie z.B. den Ausbau des Exportsektors im Bereich der Landwirtschaft oder im arbeitsintensiven Textilbereich. Dass diese

Hintergrund: IWF & Weltbank

Der *internationale Währungsfond (IWF)* und die *Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)* wurden 1945 auf der internationalen Wirtschaftskonferenz von Bretton Woods gegründet. Originäre Aufgabe des *IWF* ist die Verhinderung erneuter Weltwirtschaftskrisen, durch die Überwachung von Währungsstabilität, Inflationsraten und Finanzpolitik einzelner Länder. Die *Weltbank*, die ursprünglich für den Wiederaufbau des nach dem 2. Weltkrieg zerstörten Europas gegründet wurde, vergibt heute langfristige Kredite und Darlehen an Entwicklungsländer. Wegen der Schuldenproblematik und zunehmender Zahlungsunfähigkeit vieler Länder, wurden in den 80ern von *Weltbank* und *IWF* Strukturanpassungsprogramme (SAPs) entwickelt, die an die Vergabe von Krediten gekoppelt waren. D.h. um einen Kredit zu bekommen, war das Land verpflichtet, durch bestimmte Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Staatsbankrotte zu verhindern. Durch Reformen wie der Liberalisierung vom Finanzmarkt und Außenhandel, Erhöhung der Exporte, Privatisierung von Staatsbetrieben, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung, Abbau von Subventionen und Zöllen, Abwertung der Währung und dem Verbot staatlicher Eingriffe in den Handel sollten diese Ziele erreicht, Wirtschaftswachstum gesteigert und die Zahlungsfähigkeit wiederhergestellt werden. Wegen der z.T. verheerenden Auswirkungen der SAPs, vor allem für die armen Bevölkerungsteile, stehen diese seither unter starker Kritik und werden nun zunehmend von PRS-Programmen abgelöst.

einseitige Förderung neue Abhängigkeiten schafft und insbesondere für die Landarbeiter durch den hohen Weltmarktdruck zu größerer Armut führt, ist eigentlich hinreichend bekannt. Hier fällt v.a. auf, dass es offenbar versäumt wurde, sich mit den negativen Folgen der SAPs auseinanderzusetzen und eben bisher kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, Armut wirklich zu bekämpfen. Gerade im Bereich der Landwirtschaft wäre dies möglich, wenn man z.B. die Nahrungsmittelknappheit des jeweiligen Landes durch die Förderung der Produktion für den einheimischen Markt bekämpfen würde, anstatt weiterhin auf den Export von Bananen und Kaffee zu setzen, die ohnehin schwankenden Weltmarktpreisen und hoher Konkurrenz ausgesetzt sind. Auch die Frage der ungleichen Landverteilung wird größtenteils ausgespart, obgleich sich hier Potentiale zur Armutsbekämpfung auf tun. Mit Großgrundbesitzern lassen sich exportorientierte Wirtschaftsstrategien eben besser umsetzen, als mit Kleinbauern oder Kooperativen, die v.a. ihre eigene Ernährung durch die landwirtschaftliche Nutzung sichern wollen. Bezüglich der Arbeitnehmer/innenrechte wird in den PRSP oftmals

sogar von höherer Flexibilisierung gesprochen, was nicht nur der Vorstellung sicherer Beschäftigungsverhältnisse widerspricht, sondern auch die Forderung nach Einkommen zum Auskommen unterhöhlt, wenn Heuern und Feuern das Alltagsgeschäft bleiben kann. Dummerweise bilden Handelsliberalisierungen und Privatisierungen weiterhin Grund Säulen der PRSP-Strukturreformen. Bemerkenswert dabei ist auch, dass Grundgüter wie Wasser- und Stromversorgung sowie Sektoren wie Bildung und Gesundheit zunehmend privatisiert werden sollen und dementsprechend für die wirklich Bedürftigen real zum Luxusgut werden. Diesen Prozess gibt es zwar auch in den Industrieländern, allerdings regt sich hier Widerstand, der im Gegensatz zu den Entwicklungsländern eine größere Lobby hat und dementsprechend die Privatisierung der Grundgüter verlangsamt. Auch nachhaltige ökologische Zielsetzungen, Gender-Fragen und Verteilungsaspekte werden in den PRSP zwar als allgemeine Ziele definiert, bleiben allerdings bei der konkreten Strategieplanung oft unbeachtet. In den Papieren wird generell eine Analyse der bisherigen Entwicklungsstrategien und ihrer sozialen Folgen ausgespart, so



dass auch nicht aus bereits gemachten Erfahrungen gelernt werden kann. Nicht gespart wird hingegen mit Rhetorik und hehren Zielen, mit Hilfe der PRSP sowohl das Wirtschaftswachstum zu steigern, als auch die Armut bekämpfen zu können. Dass die durch Schuldenerlass frei werdenden Mittel im Verhältnis zu den benötigten Geldern für die Umsetzung der PRSP im krassen Missverhältnis stehen, scheint die „Bretton-Woods-Zwillinge“ IWF und Weltbank hingegen nicht zu stören. Da wirkliche Armutsbekämpfung in der konkreten Planung sowieso – kaum beachtet – zum Surplus des Staates degradiert ist und lediglich Strategien, die Wirtschaftswachstum bringen, ausbuchstabiert werden, ist so wohl den Entscheidungsträgern des Entwicklungslandes, als auch IWF und Weltbank sicherlich klar, wo gekürzt wird, wenn die Gelder nicht reichen.

Stellt sich die Frage, warum die Entwicklungsländer nun ihre Chance nicht wahrnehmen, um mit internationaler Legitimation (durch selbst verfasste PRSPs), die eigene Armut wirklich zu bekämpfen. Zum einen kann mensch dies an der fehlenden Bereitschaft der Entscheidungseliten im Entwicklungsland festmachen, die selbst sicher nicht an Hunger leiden und eher Profiteure der wirtschaftlichen Reformen sind. Dafür spricht die Beobachtung, dass es zwar angedacht war, die zivilgesellschaftlichen Akteure in den Entwicklungsprozess einzubeziehen, dieses aber oftmals in der Praxis nicht ausreichend stattfindet, sondern lediglich finanzstärkere Institutionen mit hauptamtlichem Personal integriert wurden. Eine andere Erklärung ist das Vetorecht von IWF und

Weltbank selbst: Denn trotz des Geredes von „Ownership“ sind es schlussendlich diese beiden, die dem Papier zustimmen müssen, auf dessen Grundlage es erst zur Entschuldung kommt. Da man als Entwicklungsland auch nicht erst seit gestern mit diesen ‚global Players‘ zu tun hat und um ihre wirtschaftspolitische Einstellung weiß, werden die Papiere dementsprechend wirtschaftsliberal verfasst, so dass sie der Entschuldung auch zustimmen. So verkommt selbst das hehre Ziel der „Entwicklungspartnerschaft“ zum Hohn, denn das Entwicklungsland selbst wird nicht, wie beteuert, aus seiner Rolle des Almosenempfängers heraus ermächtigt, sondern bleibt Spielball der Interessen der Industriestaaten.

Alter Wein in neuen Schläuchen

So entpuppen sich die PRS-Papiere schlussendlich doch als billige Rhetorik, um Kritiker/innen etwas zu erwidern, ohne den eigentlichen Kurs zu verändern. Armutsbekämpfung klingt toll und weltweit freut man sich über die moralisch guten, neuen Ansätze. Die alte Politik vom bloßen Wirtschaftswachstum als Entwicklungsziel ist hingegen jenseits der Rhetorik nach wie vor Praxis, auch wenn offiziell Wachstum nur als *Mittel* zur Armutsbekämpfung deklariert wird.

Das ist angesichts der Geschichte von entwicklungspolitischen Theorien im Grunde nicht verwunderlich. Blicken wir auf die Zeit vor dem Fall des Ostblockes, so gab es vor allem zwei große Theorieströmungen, die sich in ihrer Armutsanalyse und den darauf aufbauenden Strategien diametral gegenüber standen: Die Modernisierungstheorien bzw. Wachstumstheorien und die Dependenztheorien (5). Dabei spiegelten sie gleichzeitig den politischen Ost-West-Konflikt und Kal-

ten Krieg zwischen den zwei Weltsystemen wider.

Die in den 50ern und 60ern vorherrschende Modernisierungstheorie ging davon aus, dass „Unterentwicklung“ ein selbstverschuldetes Problem der Länder sei, hervorgerufen durch Mangel an dynamischen Impulsen ihrer Kultur, Wertordnung und Schichtenstruktur. Nur eine Befreiung aus dem Traditionalismus hin zur Moderne könne der Theorie nach zu Entwicklung führen. Die Strategie dahinter ist relativ simpel: Entwicklung nach westlichem Vorbild, einhergehend mit Individualisierung, Leistungsorientierung und Kapitalismus. Als politisches Pendant entwickelte sich im sog. Osten Ende der 60er Jahre die Dependenztheorie, die die Ursachen von Armut in den (außenwirtschaftlichen) Abhängigkeitsstrukturen der Entwicklungsländer sah. Dabei wurde die strukturelle Abhängigkeit an mehreren, auch historischen Ereignissen festgemacht: Kolonialismus, ungleiche Weltmarktchancen, dominante Handels- und Kapitalströme, die Schuldenproblematik, aber auch Klassen- und Herrschaftsverhältnisse wären demnach verantwortlich für Unterentwicklung. Als Gegenstrategie wurde die Abkapselung vom kapitalistischen Weltmarkt und eine autozentrierte, nach innen gerichtete Entwicklung empfohlen. Der große Theorienstreit endete Anfang der 90er, wo man zum Einen erkannte, dass die großen Globaltheorien angesichts der rasanten Entwicklung der asiatischen Tigerstaaten – die nicht dem westlichen, modernen Werten folgten, sich aber auch nicht vom Weltmarkt abkoppelten – Erklärungsdefizite aufwiesen und zum Anderen dem Diskurs durch den Fall des Ostblockes die Brisanz abhandeln kam. Während vorher die Staaten entsprechend ihrer vorherrschenden Ideologie versuchten, soviel wie möglich Einfluss auf die sog. ‚Peripherie‘ zu nehmen und dort für ihre Systeme Stellvertreterkriege führen ließen, war nun der Weg frei für mehr Selbstkritik an den bisher verfolgten Strategien und neuen, weniger ideologisch verhärteten Ansätzen. Man sprach fortan vom „Ende der großen Theorien“ und legte den Fokus auf sog. Strategien mittlerer Reichweite, wie z.B. Nachhaltigkeit und Armuts-

bekämpfung. Stellt man die Lupe – wie im Falle der Armutsbekämpfung – hingegen genauer ein, fällt auf, dass sich hinter den neuen Schlagworten trotzdem die alten Theorien verbergen. Freilich nur die eine, denn die Modernisierungs- bzw. Wachstumstheorie besitzt ja inzwischen keinen nennenswerten Gegenspieler mehr und muss dementsprechend auch nicht um die ideologische Herrschaft in der Welt buhlen. Es muss ja auch kein aufwendiger Theorie-Diskurs mehr bemüht werden, um die alte Wachstumsstrategie hinter den neuen Teilzielen wie z.B. Armutsbekämpfung verstecken zu können.

Dass sich Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung in einigen Bereichen (wie z.B. bei Exportorientierung landwirtschaftlicher Produkte) konträr zueinander verhalten, ist dann wahrscheinlich ein „Schönheitsfehler“ bei der Fusion beider Strategien. Allerdings ist das insofern unproblematisch, wie sie ohnehin nicht ausreichend miteinander verknüpft sind und somit das Problem der Armut im Konfliktfall nachrangig behandelt werden kann. Natürlich ist man sich weltweit einig darüber, dass Armut ein Problem ist und fast jeder würde wohl zustimmen, dass allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu wünschen ist. Dennoch kann staatliche und multilaterale Entwicklungshilfe nicht altruistisch verstanden werden, solange wir uns im Kapitalismus befinden. Da spielen zum einen (insbesondere seit

dem 11.9.01) sicherheitspolitische Erwägungen eine Rolle, andererseits wird natürlich auch ein Geschäft gemacht mit der Unterlegenheit bestimmter Länder. Eine Exportorientierung der Entwicklungsländer zum Beispiel ist für die Industrieländer von Vorteil, wenn dadurch billig eingekauft werden kann und gleichzeitig neue Absatzmärkte geschaffen werden. Solange keines der Entwicklungsländer in der Lage ist, bspw. die Agrarsubventionierung des Westens abzuschaffen, werden die Industrieländer davon einseitig profitieren. Entwicklungspolitische Maßnahmen geschehen also immer im Interesse der Geber, auch wenn der Nutzen kurzfristig nicht immer deutlich wird. Ein Interesse, aus den Entwicklungsländern wirtschaftliche Größen zu machen, gibt es hingegen nicht. Diese könnten ja dann, wie im Falle Chinas, plötzlich zum Konkurrenten werden. Da bleibt es lohnenswerter, nur Sektoren zu entwickeln, die im Industrieland von Nutzen sind und vor allem Abhängigkeiten erhalten. Einseitige Exportorientierung seitens der Entwicklungsländer ist diesem Ziel dabei ebenso dienlich, wie die generelle Schuldenproblematik und damit verbundene Strukturanpassungsprogramme – die jetzt statt SAP einfach PRSP heißen. Letztere sorgen v.a. dafür, dass sich der Kapitalismus umfassender etabliert und die Konkurrenz zwischen den Menschen freieren kann. Von ‚Entwicklungspartner-

schaft‘ kann angesichts dieser Politik jedoch keine Rede sein, auch wenn die neue Rhetorik (die sich auch in ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ ausdrückt) ein Zugeständnis an die Dependenztheorie darstellt und der eurozentristische Blickwinkel der Vergangenheit damit eingeräumt wird. Solange es jedoch nur ein sprachliches Spiel bleibt, um die real existierenden Abhängigkeitsverhältnisse zu kaschieren, wird sich auch praktisch nichts verändern. Die Dependenztheorie hat zwar kaum noch eine Lobby, ist aber insofern nicht obsolet, da sie genau diese Nutzen- und Abhängigkeitsverhältnisse zu den Industrieländern anklagt. Abhängigkeiten haben Armut geschaffen. Dementsprechend nötig sind auch alle Bemühungen diese Abhängigkeiten zu beenden.

momo

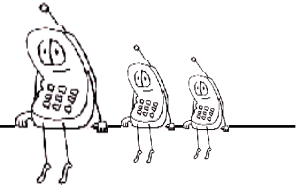


- (1) Armutsbekämpfung ist allein schon deshalb nicht wirklich neu, da sich sowohl zahlreiche NGOs seit Jahrzehnten an diesen Zielen orientieren, als auch internationale Organisationen wie Weltbank, ILO, WHO in den 70ern Grundbedürfnisstrategien verfolgten. Diese wurden allerdings in den 80ern angesichts der Schuldenkrise und Zahlungsschwierigkeiten vieler Entwicklungsländer, wieder durch neoliberale Strategien abgesetzt, die vor allem Kürzungen von Sozialausgaben zugunsten von Privatisierung und Liberalisierung vorsahen.
- (2) HIPC steht für „heavily indebted poor countries“ (hoch verschuldete arme Länder). Die HIPC-Initiative wurde erstmals 1996 (auf Betreiben der G8) von IWF und Weltbank ins Leben gerufen und 1999 mit HIPCII neu auf-

- gelegt. Insgesamt geht es um ein Entschuldungsvolumen von 70 Mrd. US-Dollar, das sich bei den hochverschuldeten Ländern hauptsächlich auf Handelsschulden sowie Schulden aus der Entwicklungszusammenarbeit bezieht.
- (3) Die entwicklungspolitischen Konzepte, die hinter einer ‚gleichberechtigten Entwicklungspartnerschaft‘ stehen und worauf sich v.a. die PRSP beziehen, sind ‚Partizipation‘ und ‚Ownership‘. Die neuen Schlagwörter in der Entwicklungszusammenarbeit werden als Konzept verstanden, bei dem die betroffenen Länder selber aktiv Anstrengungen zur Armutsbekämpfung unter- und zudem Verantwortung und Rechenschaftspflicht übernehmen. Sie sollen aus ihrer passiven Rolle herauswachsen und z.B. Pläne für die Armutsreduzierung selbst formulieren.

- (4) weed, „Word Economy, Ecology and Development“, ist eine 1990 gegründete deutsche NGO, die sich v.a. mit kritischer Informationsarbeit in Deutschland beschäftigt. Kennzeichnend ist vor allem ihre Kritik an den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der sie durch die Erstellung zahlreicher Publikationen und Durchführung von Seminaren Ausdruck verleihen.
- (5) Die Vertreter der Modernisierungs- bzw. Wachstumstheorien (z.B. D. Lerner) beziehen sich ursprünglich auf die Väter der klassischen Nationalökonomie wie A. Smith und D. Ricardo, aber auch auf die Theorien der frühen Soziologen wie Weber und Parsons. Grob gesprochen spalten sie sich nocheinmal in das neoklassische und das keynesianistische Lager. Vertreter der Dependenztheorie (z.B. D. Senghaas) kommen eher aus dem linksliberalen, neomarxistischen Lager und beziehen sich in ihrer Theoriebildung hauptsächlich auf Theorien von Marx, Lenin (Imperialismustheorie) und/oder strukturalistische Ansätze.

Dabei sein ist alles?
 Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse
 BUKO31 - Kongress :: 9. - 12.05.08 :: Uni Dortmund



Das Handy als Wanze

Mythen und Realitäten der Telefonüberwachung

Zurzeit überschlagen sich die Spekulationen zur Handyüberwachung, speziell die Manipulationsmöglichkeiten der Handys betreffend und die Angst geht um, dass sie als „Wanze“ benutzt werden können. Entsprechende Gerüchte gibt es schon seit dem Aufkommen von Mobilfunk. Die Überwachung von Telefonen ist so alt wie das Telefon selbst. Was anfangs durch einfaches Aufklemmen auf die Telefonleitung passierte läuft heute digital. Es knackt nichts mehr, es rauscht auch nicht und es gibt kein Echo, kurz gesagt ist es unmöglich für einen Telefonbenutzer, sicher festzustellen, ob jemand in der Leitung hängt. Beim heutigen digitalen Telefonnetz lassen sich die Datenströme nach Belieben manipulieren, ebenso Anruflisten abhören, wie auch SMS und Datenverbindungen. Vor allem kann es nicht nur von „berechtigten“ Stellen wie der Polizei abgehört werden, sondern im Prinzip von jedem ambitionierten Amateur und erst recht von Profis. Davor schützen kann man sich nur durch starke Verschlüsselung, was für den/die Otto-Normalverbraucher/in kaum erschwinglich ist.

Handy-Überwachung

Eine recht gängige „Wanzen“theorie besagt, dass sich alle Handys aus der Ferne einschalten und zur „Wanze“ umbauen ließen. Dem muss klipp und klar entgegengesetzt werden, dass es weltweit keinen einzigen öffentlich dokumentierten Fall gibt, bei dem ein Handy aus der Ferne eingeschaltet wurde. Das GSM-Protokoll – das Verfahren, mit dem Handys funktionieren – bietet rein technisch betrachtet keine Hintertür. Das bedeutet aber nicht, dass Handys nicht überwachbar sind. Die Polizei oder andere „SpäherInnen“ benutzen dafür die Updatefunktion des Handys, über die sich neue Software installieren lässt. So konnten und können Trojaner auf das Handy gespielt und die komplette Kontrolle über das Gerät erlangt werden. Die Funktion zum Onlineupdate der Software kam mit immer leistungsfähigeren Handys auf, deren Software der eines Computers ähnlicher ist als der Firmware von Handys aus der Anfangszeit. Diese Manipulation ermöglicht es den Angreifern allerdings nicht, das Handy aus der Ferne einzuschalten, aber es kann zum Beispiel so manipuliert werden, dass es sich

nicht mehr ausschalten lässt. Display und Tastatur werden abgeschaltet, so dass es aussieht wie ausgeschaltet, aber es bleibt trotzdem im Netz eingebucht und könnte zur Raumüberwachung wie auch zur Positionsbestimmung benutzt werden. Außerdem können so alle Daten, die auf dem Handy gespeichert wurden, heimlich eingesehen werden, seien es Fotos oder auch das Telefonbuch und natürlich gespeicherte SMS. Solche rein technisch möglichen Manipulationen sind so gut wie nicht zu entdecken, denn Handys bestehen aus proprietärer Soft- und Hardware(1). Dies macht es dem/ der UserIn schwer bis unmöglich, die Funktionsweise der Geräte zu durchschauen.

Bekanntlich lassen sich mit Handys auch Positionen der Träger bestimmen. Das ist allerdings nur dann möglich, wenn es eine Verbindung zwischen Handy und Handynetz gibt, zum Beispiel beim telefonieren. Deshalb werden solche Verbindungen vom Überwacher eher provoziert. Eine beliebte Praxis ist dabei die der „stillen“ SMS, mit denen im Falle der Handyüberwachung die Position des/der GeräteinhaberIn bestimmt werden kann, ohne dass ein visuell erkennbarer Nachrichteneingang bemerkbar ist. Um diese Kontaktaufnahmen zum eigenen Handy zu erkennen, gibt es aber auch Anrufmelder, die eingehende Handyanrufe anzeigen. Erhältlich sind sie ab 10 Euro im Telefonladen oder bei Internethändlern. Diese Warngeräte lassen sich unkompliziert ans Handy hängen. Baut ein Handy im ausgeschalteten Zustand eine Verbindung auf oder wird bei eingeschaltetem Gerät dauernd eine Verbindung angezeigt, obwohl damit weder telefoniert wird, noch eine SMS eingeht, dann ist etwas faul. Die eigentliche Gefahr im Zusammenhang mit Handy-Überwachung sind allerdings weniger das mögliche Mithören von Telefonaten oder manipulierte Geräte. Wesentlich wichtiger ist die Positionsbestimmung, die im Prinzip laufend stattfindet und seit dem 01.01.2008 auch für sechs Monate gespeichert werden darf, es sei denn, das Bundesverfassungsgericht (BVG) stoppt das Gesetz, das die Telekommunikationsdaten-Vorratsdatenspeicherung erlaubt, endgültig. Was das für unsere Kommunikation bedeutet, dürfte inzwischen bekannt sein: jeder individu-

elle Telefon- oder E-Mail-Verkehr, Informationen über Zeit, Häufigkeit, Standort und Kommunikationspartner/in kann auf sechs Monate nachvollzogen werden. Telekommunikationsanbieter müssen demnach die Verkehrsdaten ihrer Kunden speichern und an Polizei und Geheimdienste herausgeben. Mit Urteil des BVG vom 19.03.2008 dürfen die Daten allerdings nur mit Genehmigung einer/s Ermittlungsrichter/in und im Zusammenhang mit schweren Straftaten eingesehen werden. Wie erfreulich diese Eilentscheidung auch ist, muss einerseits die laxen Praxis von ErmittlungsrichterInnen, andererseits die Handhabung der Definition schwerer Straftaten gerade in Zeiten der Terrorhysterie kritisch betrachtet werden.

Auswege?

Zum Glück gibt es Hoffnung in zweierlei Hinsicht. Mit VoIP (Internettelefonie) gibt es eine Trennung der Telefondienste von den klassischen Vermittlungsstellen und somit auch von den Abhörvorrichtungen. Dazu wurden inzwischen auch Verschlüsselungsprogramme entwickelt, mit denen man sich gegen Mithören, auch auf der Internetleitung, schützen kann. Die spannendste Geschichte ist derzeit aber das OpenMoko-Projekt. Dessen Ziel ist es, eine offene Handyplattform zu entwickeln. Diese Geräte werden unter Linux laufen und die Hardware ist vollständig offen gelegt, so dass es dem/der ambitionierten UserIn möglich sein wird, das Handy an die eigenen Bedürfnisse anzupassen, zum Beispiel Verschlüsselungsmöglichkeiten einzurichten oder auch Manipulationen zu erkennen. Das Projekt ist schon sehr weit fortgeschritten. Damit würde zwar nicht das Problem der Positionsbestimmung gelöst, aber eine Implementation zur Warnung vor „stillen SMS“ sowie das sichere Abschalten des GSM-Teils werden kein großer Aufwand mehr sein und sofern nicht im Grundsystem bereits vorgesehen, wird es bald entsprechende – freie – Lösungen geben.

alex@blacksec.org

Bearbeitet von Rote Hilfe OG Leipzig

Der Text steht unter Creative Commons-Lizenz

(1) „proprietäre Software ist jegliche Software, die keine „freie Software ist, da ihre Programmcodierungen geheim gehalten werden.

Beißen Revierkötter, die bellen?

Gedicht-Foto-Band Leipziger KünstlerInnen

Sie sind vor allem Eines: Authentisch. Sie streunen um die Ecken und Kanten dieser Stadt, erkennen ihre Viertel am Geruch und erneuern beständig ihre Marken, die sie an allen Ecken hinterlassen. Revierkötter, die echten, nicht die künstlich aufgemotzten der Kulturindustrie, klaffen sich – wenn sie Grund dazu haben – gegenseitig an oder heulen gemeinschaftlich in Richtung des halbherzigen Mondes. Sie würden auch gerne mal kräftig zubeißen, den ergrauten Leipziger Kulturbetrieb ordentlich durchschütteln.

Das Rudel, *„die Kötter sollen eine Vernetzung unter Schreibern welches sich in sein und werden und vor allem zeigen, ...“* der vorliegenden

Publikation versammelt hat, ist überschaubar: Fünf Wortakrobaten und zwei ZelluloidkünstlerInnen. Wenn es zum entscheidenden Biss auch nicht ganz reicht, gelingt es den AutorInnen doch zumindest, das Bein zu heben und den Kulturveräußern ans Gewand zu pinkeln.

2007 fanden sich fünf Künstler zusammen, um den Geburtstag von Hauke v. Grimm mit einer gemeinsamen Veranstaltung zu begehen. Um diese zu bewerben, veranstalteten sie ein Fotoshooting, mit befreundeten Fotografen. Die zahlreichen dabei entstandenen Bilder sollten nicht im Dataspace vergammeln und so war die Idee zu dem Buch „RevierKötter LE-Allstar-Team“ geboren.

Das *LE-Allstar-Team* sind: Bob der Braumeister, Kurt Mondaugen, Michael Schweßinger, Volly Tanner, Hauke von Grimm, sowie die beiden Fotografen „Schmieda“, eigentlich Frank Schmiedbauer und Nora Blumberg. Zwischen den Buchdeckeln dieser handlichen Mischung aus Lese- und Bilder-Buch finden sich biographische Selbstzuschreibungen der Mitwirkenden, gefolgt von ihren Schriften und Fotos, Schwarz auf Weiß.

Die Autoren

Der erste, der sich die Ehre gibt, ist *Bob, der Braumeister*: Wie alle anderen auch, hat er schätzungsweise zwischen 25 und 40 Jahre im Lebenslauf zu füllen. Bob, bürgerlich auch Oliver Dietrich genannt, gewann schon im zarten Alter von sieben Jahren ei-

nen Rezipienten-Wettbewerb. Er vermittelt uns Einblicke, die wir eigentlich gar nicht haben wollen, so z.B. in das Universum des WG-eigenem Wasserklosetts. *Kurt Mondaugen* holt den Leser schleunigst in die schnöde und doch lebensbedrohliche Welt der „ALG II-Veteranen der ersten Stunde“ zurück. Er lässt uns an seinen Erfahrungen bei einem Ein-Euro-Praktikum teilhaben und macht verständlich, wieso der Umgang mit Formalinleichen bisweilen zusätzliche Opfer fordert

– PISA sei dank.

Michael Schweßinger, der die längste Biografie zu sich und seinen verschiedenen Ichs verfasst hat, lässt sein ethnologisch versiertes Ich sprechen. Er berichtet in einer sehr aufschlussreichen Abhandlung von seinen wissenschaftlichen Forschungen zu den Sitten und Bräuchen des indigenen Lindenauers an sich.

Volly Tanner eröffnet der geeigneten Leserschaft schwarz-rot gefärbte Einblicke in die Leipziger Bohème, die immer wieder aufsteht und unverdrossen gegen die Mauer in den Köpfen anrennt.

Hauke von Grimm schließlich bringt dem Leser eindringlich nahe, warum er Geburtstage hasst und was das mit Pegeltrinkern im Familienkreis zu tun hat und vor allem, warum man sich mit süffigen Geburtstagsgeschenken bei ihm nachhaltig unbeliebt machen kann.

Die Fotografen

Schmieda hat mich zugebenermaßen von den beiden Motivkünstlern am ehesten überzeugt. Auf den angenehm großen Fotos spielt er mit Motiven, Licht, Schärfe, Schatten und Strukturen. Die von ihm abgelichteten Künstler werden hinter ihren Mikrofonen hervorgezerrt: wirre Haare, glasige Augen, offen stehende Münder werden sichtbar.

Nora Blumberg, die Jüngste und einzige Frau in der Runde, scheint eine Vorliebe für Fotostrecken zu haben. Diese sind teils gelungen, allerdings gehen durch die Viel-

zahl und die dadurch erzwungene Kleinheit der Fotos leider einige interessante Effekte unter. Ihr bestes Foto ist zu Recht auf der Titelseite abgebildet.

Alle zusammen

Die verschiedenen Texte verweben sich beim Lesen ineinander, ergänzen sich, kurz: treten in Beziehung zueinander. Zwischen den Zeilen schwebt beständig ein vages, zurückhaltend einladendes „Wir“. Der Leser begleitet das jeweilige Ich, das zweifelt, stirbt, trinkt, kläfft und sich nach durchwachten Nächten die zerkratzte Schnauze kühlt.

Es handelt sich um bissige Strassenkötter-Vorstadt-Poesie, schwankend zwischen Träumen von Revolte und Selbstreflexion. Die eigenwilligen Texte – erschienen im alternativen Leipziger Verlag Paperone – lesen sich wie Hass-Liebeserklärung an den Leipziger Westen, Süden und Osten. Angenehm wirkt auch das großzügige Layout, welches durch den durchgängigen Schwarz-Weiß-Kontrast besticht.

Was bleibt, ist ein Schwanken zwischen dem Wunsch, von und mit Kunst leben zu können und der ungeheuchelten Ver-

... dass Literatur [...] aus, für und im Leben ist.“ Hauke von Grimm

achtung der Konsum-Kultur-Industrie. Michael Schweßinger dazu: „Um die Antithese einzunehmen, braucht man immer noch die These, also ohne Kulturindustrie auch keine „alternativen“ Entwürfe, das gehört schon irgendwie zusammen.“

hannah

Blumberg, Nora/Grimm, Hauke von (Hg.): *Revierkötter – LE-Allstar-Team*, Paperone Edition, Leipzig, 2007, 109 Seiten, 9,95 Euro.



Eigentlich drucken wir ja ausschließlich unveröffentlichte Lyrix, um auch dem „kleinen Reim“ ein Chance zu geben. Im Fall von Ralf Burnicki machen wir allerdings eine Ausnahme, denn der Text tingelt nun seit einem Jahrzehnt durch den Blätterwald der anarchistischen Organe und schleicht sich so immer wieder auf charmante Art und Weise in die Herzen der Bewegung. In diesem Sinne: Danke Ralf, dass Du Dich in diesem Jahr für uns entschieden hast.

Anarchie braucht keine Hosenträger

(ein poetisches Konzentrat in 6 Worttabletten)

Anarchie braucht keine Hosenträger Krawattennadeln oder Wahrheiten die sich in warme Socken verwandeln kaum daß die Sprache in ihnen Fuß gefaßt hat Anarchie braucht keine Moral keine Tape-te des Denkens keine Objektivität diese Lebensversicherung des Alltags die unter den Achseln juckt sie braucht keine Parteien jene Lutschbonbons aus dem Regal für Sonderangebote Anarchie braucht keine Religion oder Schiedsrichter Wegweiser Lehrstühle **Anarchie ist Leben**

Anarchie ist Leben Anarchie ist keine 4-Zimmer-Wohnung und sie ist auch kein Swimming-Pool kein Vorgarten keine Schönheit kein Hauptgewinn sie ist auch keine Sitzhaltung Anarchie ist kein Fahrstuhl Da ist kein Knopf dran um sie zu regeln oder abzustellen Anarchie ist keine Methode keine Filteranlage kein Mikroskop unter dem sich das Leben seziert Sie ist auch kein Fahrschein kein Urlaubsziel keine Zeitreise Sie ist keine Psychologie keine Therapie kein Fußball **Anarchie ist Lebensraum** Anarchie ist Lebensraum Sie ist die Leerstelle zwischen zwei Worten in die das Denken taucht Sie ist der Anfang vom Anfang oder der Aufsprung einer inneren Katze gegen die Wirklichkeit Sie fährt ihre Krallen

aus gegen das verbeamtete Deutschland Sie ist ein Aufstand der Leidenschaft gegen die Fahrpläne der Bildung in denen der Staat die Auswahl der Gedanken normiert Anarchie ist die Karambolage auf den Straßen der Gelehrsamkeit eine Katastrophe in den Schablonen der Interpretation Anarchie ist sinnliche Praxis E in Bluterguß am Kopf der Normalität **Anarchie ist Bewegung** Anarchie ist Bewegung freies Spiel der Gedanken Revolte der Poesie gegen das lineare Denken Zuversicht die hinter den Ohren flutscht oder eine Seifenkiste in der die Sprache die Hügel der Kriegsgräber hinabfährt Anarchie spuckt auf das Heldentum freiwilliger Selbstunterwerfung unter die Herrschaft und auf die Prophezeiungen der Politik Sie speit auf den Nationalgedanken in dessen Namen der innere Soldat ins äußere Regiment umschlägt Nein Anarchie stößt die Palette um auf der sich Nationalfarben in Gesinnungen verwandeln **Anarchie küßt sich frei** Anarchie küßt sich frei durch die Holzwege der

Tagesschau auf denen sich die euro-nationale Masthaltung der Wähler zur Meinungsbildung objektiviert Anarchie holt die Nachrichtenkutscher vom Kutschbock der Wahlstatistik herunter Anarchie verknottet die Fernsehkanäle zu Geschenkschleifen und zieht den Stecker raus Anarchie bindet Wahrheiten zu Blumensträußen und lacht an gegen Werbemacher Wahlforscher und Strategen denen ihr aus Fangquoten destillierter Zeitgeist abrutscht und als Kronkorken in die Auffangschalen der Lottoziehung fällt Anarchie braucht keine Ersatzmittel Steigbügelhalter des Daseins Stützmiener oder Körperkorsetts Hosenträger

Anarchie braucht keine Hosenträger keinen Tragegurt der irgendwelche zu Legislaturperioden zusammengewebten Versprechen als kurzbeinige Hosentracht am Bierbauch der Konventionen festhält Nein Anarchie löst die Halterungen der Wirklichkeit und läßt sie zu Boden fallen Anarchie verwandelt Konventionen in Stangenlakritz - Anarchie: wie Wind der durch die Hosen fährt oder ein Schlag auf die lichtbespannten Trommeln der Vorstädte gegen den Rhythmus der Ampelanlagen vor denen der blondierte Alltag seine Gewohnheiten zum Blindflug formiert



Ralf Burnicki

gemeiner Schach-Schmetterling



Nach einer langen Phase von mehr und weniger einfachen Zweizügern präsentiert Euch die FA!-Schachredaktion in dieser Ausgabe mal wieder einen ebenso schlichten wie schönen Dreizüger. Wie immer ist Weiss am Zug und macht Schwarz platt.

Der hochwertige Syndical-Taschenkalender, den unter allen Lösungseinsender/innen zu verlosen die Schachredaktion des FA! sich anschickte, geht an *trommelwirbel* ein geschätztes Mitglied unserer geschätzten Schachredaktion: Bonz. Gratulation von uns. Alle anderen Zuschriften gingen mysteriöserweise auf dem Postweg verloren, Beschwerden bitte direkt an die zuständigen Sicherheitsbehörden.

Lösung FA! #28:

1. Dc3 b4xc3 2. b2-b4 #

Feierabend!

Stötteritz

Hakan Bistro
Mandragora
Zeitkaufhaus

Zentrum

Bistro Al Safa
Klee Naturkost

Plagwitz

Projekt G16
Späti Katzer

Schleußig

Besser Leben
Schlechtes Versteck
Lebensart Naturkost
Mahlzeit
Rückenwind,
Bistro ‚Safran‘,

Reudnitz

Presseshop Dipetos Store

Connewitz

Café Similde
Buchhandlung El Libro
Frau Krause

Südvorstadt

Späti Esperantos Katzer

Stern des Südens

Imbis Shaia

ONKEL TOMS HÜTTE,

Ingolfs Bierbar

außerhalb:

Libertäres Zentrum, Fettstr. 23, 20357 HH; DaDa Köln

Alhambra-Archiv

Bibliothek der Freien

Biblioteca Franco Serantini



Kontakt:

Feierabend!
Gießerstr. 16
04229 Leipzig •
feierabendle@web.de •
Homepage im Umbau

Einsendeschluß für #30: 05.06.2008

**Feierabend! gibt's
auch im ABO-n-nement.**

(3 Ausgaben für 5 Euro + auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich)

ABO-Ticket

Feierabend!

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

Unsere Postadresse ist:

Feierabend! + Gießerstraße 16 + 04229 Leipzig

Online erreichst Du uns unter:

feierabendle@web.de + Homepage derzeit offline

↓ Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren: ↓

#29 #30 #31 #32 #33 #34 #35 #36 #37

Dein Merkzettel (aufheben) →
← Unser Merkzettel (schicken)

ABO-Ticket

Ich möchte ein ABO

neu anmelden

Ich möchte mein
ABO verlängern

Meine Postadresse ist:

Das Geld für folgende Aus-
gaben liegt bei: #29 #30 #31 #32 #33
#34 #35 #36 #37
(3 Ausgaben = 5 Euro)

Feierabend!